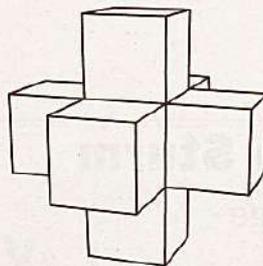


69

Schweizer Freisinn



FDP
Die Liberalen

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Dossier	18
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

31. Jahrgang. Erscheint sechsmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP/Die Liberalen

Inhalt

Absurde Regulierung

Die Kinderbetreuungsverordnung aus dem EJPD sieht eine Bewilligungspflicht sogar für gute Bekannte vor, welche Kinder regelmässig hüten. Mit der unsinnigen Überreglementierung bevormundet der Staat Eltern bei der familienergänzenden Kinderbetreuung und erstickt privat organisierte Betreuungslösungen. Deshalb lehnt die FDP die neue Regelung entschieden ab.

Seite 4

Ein gefährliches Spiel

Am 16. September findet die Wahl zur Nachfolge von Bundesrat Pascal Couchepin statt. Die FDP hat als drittstärkste Partei unbestritten Anspruch auf zwei Sitze. Doch der verantwortungslose Machthunger der CVP gefährdet die Konkordanz und die Stabilität unseres Landes und schadet dem Zusammenhalt.

Seiten 9, 12

Innovationsland Schweiz

Die Schweiz belegt einen Spitzenplatz bei der Innovation – ein wesentlicher Faktor für den Wohlstand unseres Landes. Damit das auch in 20 Jahren noch so ist, hat die FDP/Die Liberalen eine Innovationsstrategie mit 31 Forderungen erarbeitet. Auf www.innovationsland.ch können Sie über die Strategie diskutieren!

Seiten 18, 19



Invaliden- und Altersrenten sind gefährdet.

Bild: Keystone

Für die Zukunft von AHV und IV - JA am 27. September!

Die immensen Schulden der Invalidenversicherung von über 13 Milliarden Franken gefährden auch die AHV. Die IV muss von der Altersvorsorge getrennt werden, damit sie die AHV nicht in den Abgrund reisst. Mit den zusätzlichen Mitteln aus der befristeten Mehrwertsteuer-

erhöhung können die IV-Defizite gedeckt und die Sanierung kann erfolgreich weitergeführt werden. Die 6. IV-Revision ist bereits aufgegleist, um die Kosten weiter zu senken.

Im Interview mit dem «Schweizer Freisinn» erklärt Vreni Spoerry, ehe-

malige FDP-Ständerätin und heutige Präsidentin von Pro Senectute, weshalb sie am 27. September JA zur IV-Zusatzfinanzierung stimmen wird. Und Nationalrat Pierre Triponez beschreibt, was für gravierende Konsequenzen die Ablehnung der Vorlage hätte.

Seiten 3, 11

Herausgeberin/Redaktion/Inserate: FDP/Die Liberalen, Postfach 6136, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. Layout/Druck: NZZ Print, Postfach, 8021 Zürich, T: 044 258 18 94, F: 044 258 18 99, E: print@nzz.ch, www.nzzprint.ch

Schweizerische Nationalbibliothek NB
Bibliothèque nationale suisse BN
Biblioteca nazionale svizzera BN
Biblioteca nazionale svizra BN

Direktor Schweiz, Landesbibliothek 33/48
3003 Bern
Helmstrasse 15

Ernten im Sturm

Liebe Freisinnige

Der diesjährige Sommer neigt sich seinem Ende zu. Der Herbst steht vor der Tür. Herbstzeit ist Erntezeit. Demnächst können wir wieder beobachten, wie wendige Mähdrescher Getreide einholen, wie eifrige Obstbauern Äpfel sammeln und wie emsige Winzerhände Trauben lesen. Im landwirtschaftlichen Jahr ist die Ernte seit je die wichtigste Periode: So bedeutete auch in unseren Breiten vor nicht allzu langer Zeit noch das erfolgreiche Einbringen der Vorräte das Überleben des Winters. Entsprechend dankbar zeigen sich die Menschen daher seit alters über eine reiche Ernte. Auch in der Schweiz feiern wir den Erntedank in vielen Farben und Formen, sei es an Herbstfeiern, an Winzerfesten, an Kastanienfesten oder im weiteren Sinne auch mit Alpabzügen oder der Chäs-teilet.

Wer ernten will, muss auch sähen. Hinter jedem Getreideballen steckt ein bewirtschaftetes Feld,



Hans-Rudolf Merz

hinter jedem Apfelkorb ein gehegter Baum und hinter jeder Kiste Trauben ein gepflegter Rebstock. Dieses Verhältnis von Saat und Ernte, von Investition und Ertrag, ist uns Schweizerinnen und Schweizern im Blut. Unsere jungen Menschen investieren ihre Zeit in ihre Ausbildung. Unsere Unternehmen investieren ihr Geld in zukunfts-trächtige Produkte. Und unsere er-

werbstätige Bevölkerung investiert ihre Tatkraft in ihre Arbeitsstelle.

Doch die Ernte hängt nicht nur von der Saat ab, sondern auch vom Wetter. Dieses ist so launisch wie unbeeinflussbar. Und so wie ein Hagelsturm über bestellte Felder hereinbricht, so hat die globale Krise unsere Wirtschaft hart getroffen. Auch wenn bereits erste Silberstreifen am Horizont den Wiederaufschwung ankündigen, müssen wir für die kommenden Monate mit einer ansteigenden Arbeitslosigkeit rechnen. Viele Menschen plagen daher Sorgen. Denn Arbeitslosigkeit verhindert, dass Menschen die Früchte ihrer Ausbildung und ihrer Leistungsbereitschaft ernten können.

Betroffene richten ihre Blicke deshalb auf den Staat. Sie erwarten seine Hilfe. Wir haben unseren Staat fortlaufend gestärkt. Unsere Sozialwerke und namentlich die gute Arbeitslosenversicherung legen Zeugnis davon ab. Dazu hat der Bundesrat drei Massnahmenpakete zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossen. Das dritte Konjunkturpaket, das der Bundesrat im Juni verabschiedete, stützt gezielt den Arbeitsmarkt. Es bekämpft sowohl die Jugendarbeitslosigkeit wie die Langzeitarbeitslosigkeit.

Doch wir dürfen unsere Gemeinwesen nicht überfordern. Wir müssen vielmehr bei uns selber beginnen und – erstens – eingestehen, dass wir überbordet haben und dass es wieder mehr Bescheidenheit und Hilfsbereitschaft braucht. Zweitens müssen wir die Wirtschaft zu Mut und Erfindungsgeist anspornen. Die Krise ist für sie auch eine Chance. Der Staat soll schliesslich dort einspringen, wo Menschen unverschuldet in Not oder Bedrängnis geraten. Dabei müssen wir im Auge behalten, dass die Staatsschulden von heute den Aufschwung von morgen bremsen.

Die Schweiz ist von einer wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe weit entfernt. Unsere soliden Institutionen, aber auch bewährte Eigenschaften wie Fleiss, Qualität, Zuverlässigkeit und Eigenverantwortung werden uns aus dem Sturm der Krise führen. Und dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen für ihre Tatkraft die verdiente Ernte einfahren können.

Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Markus Hutter, neuer Vizepräsident der FDP.Die Liberalen

Markus Hutter ist ein typischer Macher, der nie die Energie zu verlieren scheint: Neben seiner Tätigkeit als Mitinhaber des familieneigenen Autobetriebes in Winterthur ist der zweifache Vater seit Jahren in der Politik und zahlreichen Verbänden und Vereinen engagiert. Er war Gemeinderat in seiner Heimatstadt und Zürcher Kantonsrat, bevor er 2003 in den Nationalrat gewählt wurde. In Bern setzt er sich vor allem für die Themen Wirtschaft, Verkehr und Bildung ein. Als ob das nicht genug Verpflichtungen wären, wurde der studierte Ökonom an der letzten Delegiertenversammlung glanzvoll zum Vizepräsidenten

der FDP.Die Liberalen gewählt. Mit Begeisterung engagiert sich Markus Hutter für die liberale Politik – dafür ist er unser Kopf des Monats!



Geits no?

Zürcher Bau-Alpträume

Vor langer Zeit tätigte die Zürcher SP-Stadträtin Ursula Koch ihren berühmten Ausspruch, Zürich sei gebaut. Zu Recht wurde diese verheerende Haltung angegriffen. Doch insgeheim mag sich heute vielleicht mancher Verkehrsteilnehmer in Zürich wünschen, Koch hätte recht gehabt.

Denn kaum ein Meter Strasse ist nicht aufgerissen, fast keine Strasse normal befahrbar. Ob In-

nenstadt, Westumfahrung oder Hardbrücke: Es herrscht das pure Chaos. Infrastrukturprojekte sind für die wirtschaftliche Entwicklung und das Leben einer Stadt unerlässlich. Aber eine bessere Planung wäre der Wirtschaftsmetropole der Schweiz durchaus zuzutrauen – und ihren staugeplagten Verkehrsteilnehmern zu gönnen...

Brennpunkt

«Die desolate Situation der IV ist auch eine Gefährdung für die AHV»

Vreni Spoerry, Stiftungsratspräsidentin von Pro Senectute Schweiz und frühere National- und Ständerätin der FDP, nimmt Stellung zur IV-Abstimmung vom 27. September.

Frau Spoerry, wie steht es um die IV?

Vreni Spoerry: Um die IV steht es sehr schlimm. Sie hat 13,5 Milliarden Franken Schulden, und jährlich kommen neue dazu. Ein grosses Problem dabei ist, dass diese Schuld von der AHV finanziert wird. Damit ist die desolate Situation der IV auch eine Gefährdung für die AHV.

Worin liegen die Gründe für den desolaten Zustand – hat die Politik die Probleme zu lange unterschätzt?

Vor allem durch die Ausweitung der Leistungen auf psychische Erkrankungen stiegen die Kosten massiv. Ich glaube, man hat damals diese Dynamik nicht vollständig erkannt. Andererseits wurde 2004 eine 0,8%-MWSt-Erhöhung vom Volk abgelehnt. Bei der IV hat man eine 4. und 5. Revision gemacht, die Auswirkungen positiver Art zeitigen. Sie reichen aber nicht aus, um die IV nachhaltig zu gesunden.

Was geschieht, wenn wir nichts unternehmen?

Dann wird der AHV-Fonds, aus dem jetzt die jährlich wiederkehrenden Defizite der IV gedeckt werden, in absehbarer Zeit auf dem Nullpunkt sein. Und weil die AHV-Ausgaben wegen der zunehmenden älteren Bevölkerung ebenfalls wachsen werden, wird das Finanzierungs- und Liquiditätsproblem der AHV verschärft.

Diese Entwicklung muss Ihnen als Stiftungsratspräsidentin von Pro Senectute besonders Sorgen bereiten.

Das ist so. Wir fühlen uns auch für die kommenden Rentnerinnen und Rentner verantwortlich. Die Gefahr ist wohl für die jetzigen Bezüger am kleinsten. Sie haben den

Besitzstand. Wenn Rentenkürzungen wegen Geldmangel notwendig werden, so werden die Rentnerinnen und Rentner der Zukunft davon betroffen. Und für Pro Senectute, die sich seit ihrem Bestehen vehement eingesetzt hat für die Schaffung der AHV, ist die Sicherung der Altersvorsorge auch für die künftigen Generationen ein zentrales Anliegen.

Beim Bekämpfung des Missbrauchs.

Bei einer Ablehnung am 27. September droht die Erhöhung der Lohnnebenkosten zur Deckung des IV-Defizits. Wie beurteilen Sie diese Alternative aus erfahrener wirtschaftlicher Sicht?

Auch wenn es nie populär ist, Steuern zu erhöhen, so ist der jetzt vorgesehene bescheidene und be-

haft gesehen finanziell gesicherter als die jüngere Generation. So gesehen ist diese Zusatzbelastung für die Rentner verträglich, und es scheint mir richtig, dass die Ausgaben zur Sicherung der Sozialwerke nicht nur von den Erwerbstätigen berappt werden, sondern zumindest teilweise von der Gesamtbevölkerung mitgetragen werden.

Die Gegner der Vorlage führen ins Feld, dass bei der Annahme der Vorlage der AHV-Fonds noch zusätzlich geplündert würde. Was sagen Sie dazu?

Es ist richtig, dass das Startkapital von 5 Millionen Franken für den neuen eigenständigen IV-Fonds dem AHV-Fonds entnommen werden soll und er damit kurzfristig nochmals reduziert wird. Mittelfristig aber fährt der AHV-Fonds deutlich besser. Er muss in Zukunft keine IV-Defizite mehr übernehmen. Diese würden in gut drei Jahren ebenfalls diese 5 Milliarden Franken ausmachen. Neu erhält der AHV-Fonds vom Bund während der Dauer der Zusatzfinanzierung jährlich 360 Millionen Franken Schuldzinsen einbezahlt. Es ist also nicht zu bestreiten, dass die Annahme der Vorlage für die AHV ein Gewinn darstellt.

Die Gegner der Vorlage behaupten: Durch die Zusatzfinanzierung würde der Druck auf die 6. IV-Revision abnehmen.

Ich sehe das nicht so. Die Zusatzfinanzierung stoppt die Schulden Spirale und ermöglicht die Trennung der IV von der AHV. Aber Einsparungen bleiben dringend nötig. Die 4. und 5. IV-Revision waren erste Schritte und zeigen positive Resultate in Form von Kosteneinsparungen. Diese Bemühungen müssen mit der bereits aufgegleisteten 6. IV-Revision weitergehen.



Vreni Spoerry

Löst die Zusatzfinanzierung alle Probleme der IV?

Nein, es ist ja glücklicherweise nur eine befristete Zusatzfinanzierung bis 2018. Wenn man danach weiterhin Zusatzeinnahmen möchte, bräuchte es eine neue Volksabstimmung. Die Gefahr eines «ewigen Provisoriums» ist somit gebannt. Die Zusatzfinanzierung deckt das aktuelle Defizit der IV und gibt ihr die notwendige Zeit, weitere Sanierungsschritte einzuleiten. Bis 2018 müssen durch die 6. IV-Revision rund 1,1 Milliarden Franken eingespart werden durch die Förderung der Wiedereinglieder-

fristete Schritt bei der Mehrwertsteuer alleweil viel besser als eine Mehrbelastung der Lohnnebenkosten. Für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist es zentral, dass diese nicht weiter erhöht werden. Dazu kommt, dass die Mehrwertsteuer auch von den Rentnerinnen und Rentnern bezahlt wird. Das ist richtig, denn obwohl wir auch heute noch immer AHV-Bezüger haben, die in sehr bescheidenen Verhältnissen leben, hat sich die finanzielle Situation der Älteren gegenüber der Gründungszeit von Pro Senectute vor 92 Jahren enorm verbessert. Sie leben heute gesamt-

Staatliche Regulierung

Zurück an den Absender

Nein zur geplanten Kinderbetreuungsverordnung des Bundes

Von **Barbara Perriard**, ehemalige Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz, Gemeinderatskandidatin Köniz

Mitte September 2009 läuft die Vernehmlassungsfrist zur geplanten Kinderbetreuungsverordnung ab. Der Bundesrat muss sich dabei auf dicke Post gefasst machen. Sowohl auf politischer Ebene als auch aus weiten Teilen der Bevölkerung hagelt es heftig Kritik. Vor allem liberale Kreise laufen Sturm gegen die geplante Überreglementierung. Zu Recht: Der Bund will die Kantone nicht nur zur Schaffung neuer Fachstellen verpflichten, sondern auch die «Professionalisierung» der Kinderbetreuung durch die Einführung einer speziellen Bewilligungspflicht erreichen. Dadurch werden die Eltern bei der familienergänzenden Kinderbetreuung weiter bevormundet. Zudem wird die nicht unwesentliche Frage, wer denn das alles bezahlen soll, komplett ignoriert.

Falsche Richtung

Damit schiesst das federführende Justiz- und Polizeidepartement nicht nur völlig über das Ziel hinaus, sondern foutiert sich auch um die Bemühungen um Entbürokratisierung auf kantonaler Ebene. Im Kanton Bern etwa wurde die unsinnige Bewilligungspflicht für die Kinderbetreuung durch Verwandte aufgrund eines FDP-Vorstosses vor einigen Jahren endlich aufgehoben. Im Kanton Schaffhausen – wiederum aufgrund freisinniger Intervention – wurden die Bestimmungen zur Führung von Kindertagesstätten entschlackt und auf das Wesentliche reduziert. Auch ein umfassendes Vorstosspaket der FDP im Kanton Zürich reüssierte.

Es kann nicht angehen, die familienergänzende Kinderbetreuung

beim Staat zu monopolisieren. Vielmehr hat die öffentliche Hand alles Interesse daran, ein Nebeneinander von privaten und staatlichen Lösungen zu fördern. Denn staatliche Lösungen sind nicht a priori besser als private. In diesem Sinne grenzt es an Hohn, wenn SP-Vertreter private Lösungen bei der familienexternen Kinderbetreuung als «elitär» verunglimpfen, wie jüngst in der parlamentarischen Debatte der Berner Vorortsgemeinde Köniz.

Liberaler Lösungen

Die FDP hat bereits vor einiger Zeit liberale Lösungen für die familienergänzende Kinderbetreuung aufgezeigt. Dazu gehören flexiblere und vereinfachte Bewilligungsvoraussetzungen für die Eröffnung und Führung von Kindertagesstätten. Eine gewichtige Forderung ist zudem die Prüfung des Wechsels hin zu einer nachfrageorientierten Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung mit Betreuungsgutscheinen. Die Eltern sollen frei zwischen verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten – Kindertagesstätte, Tageseltern, Nanny usw. – wählen können. Die FDP ist überzeugt, dass die Angebotsvielfalt durch einen gesunden Wettbewerb gesteigert wird und zu einem vernünftigen Preis zu haben ist. Den individuellen Bedürfnissen von Eltern und Kindern wird man in der Folge besser gerecht.

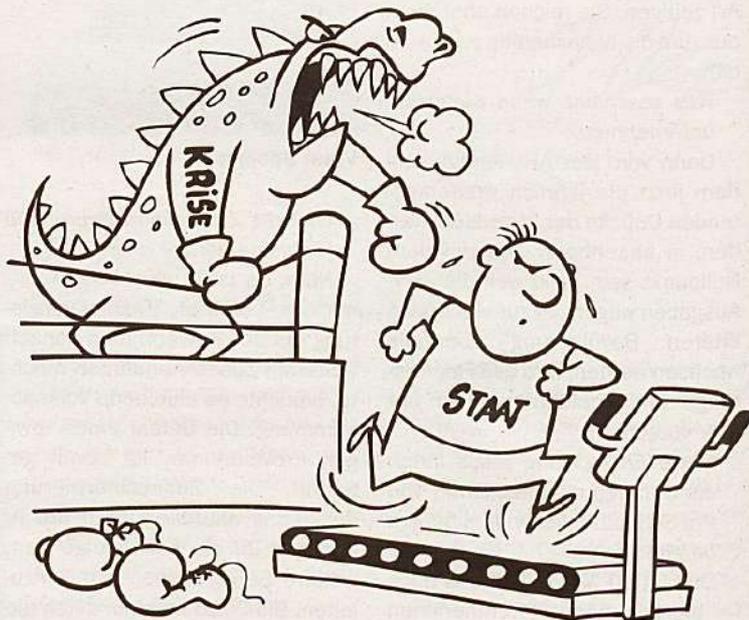
Vorläufig heisst es für die realitätsfremde Kinderbetreuungsverordnung aus liberaler Sicht: zurück an den Absender!

Bitte merken

Die nächste Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen findet am 17. Oktober 2009 in Stans statt



FDP. Die Liberalen – für einen schlanken und bürgerfreundlichen Staat



Kanton Aargau

FDP-Resolution für Bildungsreformen

Ziel der FDP. Die Liberalen Aargau bleibt die Umsetzung von Bildungsreformen im Rahmen von HarmoS. Der sehr gut besuchte Parteitag Mitte August verabschiedete dazu bildungspolitische Eckwerte.



Bild: Keystone

Die FDP fordert in der Resolution vereinheitlichte Bildungsstandards, welche überkantonale regeln, was bis zu welchem Alter auf welchem Leistungsniveau erreicht werden soll. Es braucht zudem eine neue Didaktik im Kindergarten zur Förderung und früheren Einschulung von lernwilligen Kindern und ein intensiver Deutsch-Stützunterricht für fremdsprachige Kinder. Die Bil-

dingsreform muss in Etappen umgesetzt werden.

Auch strukturell muss sich viel verändern. So soll eine Primarschule mit Kindergarten ab fünf Jahren obligatorisch sein, auf die anschliessend sechs Primarschuljahre folgen. Gefordert wird weiter eine Sekundarstufe I mit progymnasialem Leistungszug und mit deutlichen Verbesserungen für die Realschüler. Generell ist in der Nordschweiz (BS, BL, SO, ZG, ZH, LU) eine Schulstruktur mit einer minimalen Kompatibilität gefragt.

Die FDP Aargau schlägt zusätzlich flankierende Massnahmen vor. Eine Ressourcensteuerung (Sozialindex) für stark belastete Gemeinden (beispielsweise mit einem Start mit maximal einem Drittel der aargauischen Gemeinden und maximal ca. 30 Mio. Franken Aufwand pro Jahr) würde für Entlastung sorgen. Der Kanton soll hinsichtlich bedarfsgerechter Tagesstrukturen ein reduziertes Anforderungsprofil definieren. Die Gemeinden können die Tagesstrukturen selber organisieren oder Kindern den Zugang ermöglichen.

Kanton Obwalden

FDP für Sonderbauzonen

Mit der Langzeitstrategie 2012+ soll Obwalden im Wettbewerb der Kantone attraktiver werden. Nach der Optimierung der Steuern und dem Standortmarketing folgen nun raumplanerische Massnahmen. Zentral sind die Zonen mit hoher Wohnqualität: Der Zugang von potenten Steuerzahlern würde es erlauben, die tieferen und mittleren Einkommen weiter zu entlasten.

Die Verfügbarkeit von Grundstücken im Kanton ist aufgrund der Bau- und Landhortung stark eingeschränkt. Mit den vorgesehenen Sonderbauzonen können einzelne Grundstücke nach Bedarf eingezont werden. Die Einzonung erfolgt nicht auf Vorrat, sondern erst bei konkret vorliegenden Interessen und geklärten Verhältnissen. Da die Grundstücke an bestehende Zonen angrenzen müssen, führt dies nicht zu einer Zersiedelung. Dieses wurde zusammen mit dem Richtplan auch auf Bundesebene genehmigt.

Die FDP Obwalden beschloss deshalb an ihrem Parteitag im Juni, die sinnvollen Massnahmen des Kantons in der Raumplanung konsequent zu unterstützen. Denn die FDP will einen finanziell selbständigen und selbstbewussten Kanton Obwalden.

Kanton Graubünden



Gerade Tourismusregionen profitieren von der Pauschalbesteuerung.

Bild: imago

Gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Die Pauschalbesteuerung ist eine sinnvolle Veranlagungsmethode zur Besteuerung ausländischer Personen. Gerade für Tourismusregionen handelt es sich dabei um wichtige Einnahmequellen. Die FDP kämpft deshalb gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Von Silvio Zuccolini, Pressechef FDP. Die Liberalen Graubünden

Die Pauschalbesteuerung ist eine im Bundesgesetz vorgesehene Veranlagungsmethode, die es den Kantonen, so auch dem Kanton Graubünden, erlaubt, mit einem vernünftigen Aufwand ausländische Personen überhaupt angemessen besteuern zu können. Deren Steuererträge und Konsumausgaben stellen für viele Gemeinden eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle dar, sind also für eine Berg- und Tourismusregion von wirtschaftlicher Bedeutung.

Im Gegensatz zu den in der Schweiz wohnhaften Steuerpflichtigen, die ordentlich veranlagt werden können, gestaltet sich die steuerliche Erfassung schwieriger: Es handelt sich um Ausländer, die Einkünfte aus ausländischen Quellen beziehen und deren Vermögen zum Teil im Ausland belassen wird. Dies macht das Überprüfen und Beurteilen der gesamten Vermögensverhältnisse für die Steuerbehörden äusserst schwierig. Kommt dazu, dass diese Personen in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen.

Aus all diesen Gründen hat der Gesetzgeber für solche Personen schon vor Jahren die Möglichkeit geschaffen, unter klaren Voraussetzungen anstelle der ordentlichen Steuer eine Steuer nach Aufwand zu entrichten. Im Kanton Graubünden sind es 265 solche Fälle, die doch immerhin insgesamt über 28 Millionen Franken (Bund ca. 8 Mio., Kanton ca. 11 Mio. und Gemeinden ca. 9 Mio.) pro Jahr an Steuereinnahmen bringen.

Hier nun die Abschaffung, und zwar aus klar politischem Antrieb, zu verlangen, ist verantwortungslos. Denn es sind vielfach diese pauschalbesteuerten Ausländer und Ausländerinnen, die sich im touristischen und kulturellen Geschehen in Graubünden seit Jahrzehnten auf bedeutende Weise engagieren. Zudem müssten einzelne Gemeinden hohe Steuerausfälle befürchten. Die Abschaffung in Zürich zeigt, dass diese Ausländer jetzt wegziehen und dadurch Steuereinnahmen verloren gehen. Auch für den Wirtschafts- und Standortkanton Graubünden sind die Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit nicht zu unterschätzen und gerade für das Berggebiet und unseren Kanton bedeutsam.

Aus all diesen Überlegungen setzt sich die FDP Die Liberalen Graubünden dafür ein, dass die Aufwandbesteuerung, auch Pauschalsteuer genannt, nicht abgeschafft wird.

Aktivitäten

Mit viel Elan in den Herbst

Am 9. September und am 5. November stehen zwei wichtige und interessante Anlässe an. Ebenso hält die Bundesratsersatzwahl alle etwas in Atem.

Von Beat Schlatter,
Vizepräsident

Vergangenes

Nach dem sehr arbeitsintensiven Frühjahr konnte sich auch der Vorstand einige entspannende Momente der Musse gönnen.

Zu Beginn des Monats Juni lud die eidgenössische Fraktion zu ihrem jährlichen Fraktionsausflug. Ziel war Genf. Ganz genau eine Besichtigung der Firma Merck Serono. Merck Serono ist die Sparte für innovative kleine Moleküle und Biopharmazeutika der Merck KGaA. Merck Serono hat seinen Hauptsitz in Genf. In den USA und Kanada firmiert diese Sparte unter dem Namen EMD Serono. Ein interessanter Vortrag des CEO der Merck Serono und die anschliessende Diskussion gaben dem Anlass den nötigen Stellenwert.

In der Folge wurde das Institut universitaire de haute études internationales, welches praktisch «über der Strasse» liegt, besucht.

Das Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien (IUHEI oder einfach HEI) ist ein weltweit sehr angesehenes Institut für Studien der Internationalen Beziehungen in Genf. Das HEI ist ein autonomes Institut der Universität Genf und befindet sich in der Villa Barton am Genfersee. Gegründet wurde das HEI 1927 durch Paul Mantoux und William Rappard. Unter anderem besuchten folgende berühmte Absolventen dieses Institut:

- Kofi Annan, 7. Generalsekretär der Vereinten Nationen von 1997 bis 2006
- Micheline Calmy-Rey, Bundesrätin seit 2002
- Jakob Kellenberger, Schweizer Diplomat und seit 2000 Präsident des IKRK

– Jean-Pierre Roth, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (seit 2001)

Die Vorträge und die folgende Diskussion durch die Herren Roger de Weck (Stiftungsratspräsident), Jacques Forster (Vize-Stiftungsratspräsident) und Philippe Burri (Direktor) konnten nicht überboten werden und zogen alle Anwesenden in ihren Bann.

Das folgende Nachtessen mit den interessanten Diskussionen rundeten den hervorragend organisierten Anlass ab.

Aus dem Vorstand

Um der Vereinigung Öffentlicher Dienst eine klare und messbare Ausrichtung zu geben, wurde das bis anhin vorstandsinterne Strategiepapier komplett überarbeitet und beschreibt die Kernkompetenzen des zukünftigen und gewünschten Sollzustandes.

Wie bereits in der letzten Ausgabe erwähnt, müssen im Zuge dieser Überarbeitung des Strategiepapiers zwangsläufig auch die Statuten überarbeitet werden. Es geht hier darum, den Namen der Vereinigung derjenigen der *FDP Die Liberalen* anzupassen. Das Ziel des Vorstandes ist es, sowohl die revidierten Statuten wie auch das Strategiepapier an der Generalversammlung zu verabschieden.

Anlässe

Der sommerliche Höhepunkt vom 26. August 2009, der Boccia-Abend, wird bei Erscheinen dieser Ausgabe bereits der Vergangenheit angehören. Die steigende Mitgliederzahl erfreut den Vorstand und zeigt, dass wir auf dem rechten Weg sind.

Die nächsten Anlässe werden zum einen der 9. September, mit

einem Referat des Direktors der Pensionskasse des Bundes «PUBLICA», Herr Werner Hertzog, sein.

Zum andern sicher die Generalversammlung vom 5. November 2009, wie gewohnt im Restaurant zur Webern in Bern.

Aufruf an die Mitglieder

Wir möchten noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir un-

seren Adressstamm auf dem aktuellsten Stand zu halten gedenken und Sie in Zukunft effizienter, schneller und kostengünstiger informieren wollen. Deshalb bittet der Vorstand Sie, Ihre E-Mail-Adresse zu melden.

Am einfachsten machen Sie dies mit einem Mail an den Vizepräsidenten an folgende Adresse: beat.schlatter@vtg.admin.ch.

Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) oder finden Sie unter www.fdp-od.ch das entsprechende Anmeldeformular.

Internet: www.fdp-od.ch

Veranstaltungskalender 2009

9. September 2009

Pensionskasse des Bundes «PUBLICA»

Treffpunkt: Zunft zu Webern, Bern

Herr Werner Hertzog, Direktor der PUBLICA, wird uns zu einem Referat empfangen.

Das Programm der Veranstaltung sieht wie folgt aus:

18.00 Uhr Eintreffen der Gäste

18.10 Uhr Referat über die Pensionskasse inkl. Fragen und Antworten

19.00 Uhr Apéro

20.00 Uhr ca. Schluss der Veranstaltung

Einladung PDF

5. November 2009

Generalversammlung FDP OD Zunfthaus zur Webern

Treffpunkt: Zunft zu Webern, Bern

18.00 Uhr Eintreffen

18.15 Uhr Beginn der Generalversammlung anschliessend Apéro

Mobilität

Liberaler Verkehrspolitik für Wirtschaftswachstum, Innovation und Lebensqualität

Die Infrastrukturprojekte sowohl im Nationalstrassennetz wie im Schienenverkehr benötigen immense Finanzmittel. Die Bedürfnisse nach höheren Kapazitäten sind grenzenlos. Koordination, Effizienz und Wettbewerb sind gefragt.

Von Markus Hutter,
Nationalrat ZH

Ende des Jahres muss der Bundesrat den eidgenössischen Räten erstmals Programme für die Verkehrsbewältigung in den Agglomerationen sowie zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz vorlegen. Zur Finanzierung dieser Verkehrsinfrastrukturen sind 6 und 5,5 Milliarden Franken vorgesehen. Das sind gewaltige Summen. Die Finanzierung dieser beiden Programme erfolgt über die Mineralölsteuer. Dazu kommen bundesweit noch weitere 8,5 Milliarden Franken für die Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes.



Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für Lebensqualität, Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

Bild: Keystone

Grossprojekte bei der Bahn

Für grosse Projekte des Schienenverkehrs hat das Parlament mit der Vorlage ZEB (Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur) 5,4 Milliarden Franken bewilligt. Gleichzeitig hat es dem Bundesrat die Planung weiterer Grossprojekte unter dem Titel «Bahn 2030» zur vertieften Prüfung in Auftrag gegeben. Der Bundesrat will dem Parlament zwei Varianten im Umfang von 12 und 21 Milliarden Franken vorlegen.

Angesichts all dieser Vorhaben und Summen kann festgestellt werden, dass die Bedürfnisse nach neuen Verkehrsinfrastrukturen grenzenlos sind. Beispiel: Für die Ausbauten in den Agglomerationen haben die Kantone Projekte in der Höhe von 17 Milliarden eingereicht – zur Verfügung stehen maximal 3,5 Milliarden! Für die Engpassbeseitigung auf den Nationalstrassen verlangen die Kantone 15 Milliarden. Es stehen aber nur 5,5 Milli-

arden im Infrastrukturfonds zur Verfügung.

Neue Ansätze nötig

Für die FDP Die Liberalen ist klar, dass eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur Voraussetzung ist für Lebensqualität, Wirtschaftswachstum und Wohlstand. In diesem Zusammenhang fordert die FDP Rahmenbedingungen für die Infrastruktur, welche die Effizienz und den Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern stärken. Dazu gehört:

- Der Mut, nur das zu bauen, was für die Verkehrsinfrastruktur und volkswirtschaftlich insgesamt einen Nutzen abwirft und den Gedanken eines koordinierten Ausbaus von Strasse und Schiene stärkt. Zwei parallele Verkehrsnetze auf den praktisch gleichen Ausbaustand zu bringen, kann sich keine Volkswirtschaft der Welt leisten.

- Neue Finanzierungsmöglichkeiten: Das Verursacherprinzip

muss stärker berücksichtigt werden. Jeder Verkehrsteilnehmer soll die von ihm verursachten Kosten für Infrastruktur und Umwelt tragen und selbst entscheiden, welches Verkehrsmittel er wählt. Weiter muss die Möglichkeit von Private-Public-Partnership geprüft werden, um durch den Beizug von Know-how aus der Privatwirtschaft die Wirtschaftlichkeit von Infrastrukturprojekten zu verbessern.

- Transparenz der Finanzierung: Die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur hat eine Komplexität erreicht, die schwer durchschaubar ist. So wird die Durchmesserlinie (Projektkosten 2 Mrd. Franken) aus vier Kassen bezahlt: 10% aus dem FINÖV-Fonds, 25% über vier Zahlungsrahmen des Bundes an die SBB über 15 Jahre und die restlichen zwei Drittel der Gesamtkosten werden je zur Hälfte vom Kanton Zürich und dem Infrastrukturfonds finanziert. Daraus folgt, dass die Zahl der Fonds nicht weiter er-

höht werden darf und die Finanzierungsgefässe konsequent zu entflechten sind.

- Gleich lange Spiesse: Bei der Schiene brauchen wir eine klare Rollenaufteilung zwischen Staat, Infrastruktur und SBB. Die Leistungsvereinbarung mit den SBB ist kein geeignetes Instrument, um die Infrastrukturverantwortung wahrzunehmen. Die SBB besitzen einen einseitigen Informationsvorsprung, und der Bund hat keine effektiven Möglichkeiten eigener Qualitätskontrollen. Es ist nicht davon auszugehen, dass der Bund harte Sanktionen gegen ein Unternehmen durchsetzen wird, das ihm zu 100% gehört. Aus diesem Grund fordert die FDP Die Liberalen, dass endlich ein Schritt hin zu einer Wettbewerbsbranche Schiene gemacht wird. Dazu gehört die Trennung von Netz und Betrieb nicht nur rechnerisch, sondern auch organisatorisch.

Persönlich

«Die Menschen wollten mit Stolz Demokratie leben»

Die Zürcher Nationalrätin Doris Fiala war als Wahlbeobachterin der OSZE und des Europarats in Kirgistan und Moldawien. Dem «Freisinn» erzählt sie von ihrer spannenden Mission.

Wie kamen Sie zur Aufgabe als Wahlbeobachterin?

Doris Fiala: Für die Wahlbeobachtung in Kirgistan war ich im Auftrag der ausserpolitischen Kommission des Nationalrats unterwegs. Die Mission mit 275 Beobachtende aus 39 Ländern stand unter der Leitung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). In Moldawien erfüllte ich meine Aufgabe im Auftrag des Europarats.

Wie muss man sich Ihre Tätigkeit genau vorstellen?

Wahlbeobachter erhalten vor Ort eine strenge und professionelle Einführung in ihre Aufgabe: Hintergründe zu Parteien, zu den Wahlkämpfen, Medien und zur Pressefreiheit sowie zu den Kandidierenden und den Machtverhältnissen. Anspruchsvolle «Checklisten» für die Beobachtungen werden den

Wahlbeobachtenden eingetrichtert. Dann werden Zweier-Teams gebildet, ein Übersetzer und ein Fahrer zugeteilt und eine Liste der zu besuchenden Wahllokale mit auf den Weg gegeben. In Kirgistan war ich mit einem erfahrenen britischen Kolonel unterwegs, sieben Stunden von der Hauptstadt entfernt, irgendwo im tiefen Gebirge. Die Region Naryn ist landschaftlich traumhaft, die Einwohner aber mausarm. In Moldawien bildeten eine Nationalrätin aus Tschechien und ich ein Team. In beiden Fällen waren meine Teampartner erfahrene Wahlbeobachter und grossartige Persönlichkeiten – ein Glücksfall!

Liefen die Wahlen fair ab?

Die Wahlen selber waren im besten Sinne fair und sehr seriös organisiert. Die Zivilbevölkerung war sehr motiviert und genügte sowohl in Kirgistan als auch in Moldawien

den OSZE-Ansprüchen. Die Menschen wollten mit Stolz Demokratie leben. Die Wahllokale waren sehr gut kontrolliert, auch von Vertretern der Parteien. Vor den Wahlen hingegen spielten sich in Kirgistan höchst fragwürdige Ereignisse ab, etwa die mangelnde Berichterstattung oder die ungleichen finanziellen Mittel der Kandidierenden. Ein Jammer in Kirgistan war die korrupte Administration bei der Auszählung der Stimmen und beim effektiven Fälschen der Wahlprotokolle: ein wahrer Skandal! In Moldawien stellten wir die Schliessung von Wahllokalen fest und wurden behandelt, als befände man sich noch im Kalten Krieg. Die Proteste der OSZE fielen denn auch entsprechend hart aus.

Was beeindruckte Sie am meisten?

Der Wille der Zivilbevölkerung, freie und faire, demokratisch kor-

rekte Wahlen zu organisieren. Umso schlimmer war für mich der Umstand, dass Politiker und Administration rechtsstaatliche Grundsätze teilweise mit Füssen treten. Die landschaftliche Schönheit und die Freundlichkeit der Menschen in Kirgistan haben sich in mein Gedächtnis eingebrannt. Die Dankbarkeit der Menschen in Moldawien, dass wir von der OSZE einen Beitrag zur Demokratisierung leisten, hat mich im Herzen berührt und motiviert, nicht aufzugeben. Die internationalen Begegnungen erweiterten meinen politischen Horizont. Dafür bin ich dankbar.

Planen Sie schon weitere Einsätze?

Im Januar stehen Wahlen in der Ukraine an. Der Europarat hat mich auf der Liste der Wahlbeobachter der liberalen Fraktion vorgemerkt. Ich hoffe, dass es klappt.

Finanzplatz

FDP setzt ihre Reformforderungen um

Von Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP Die Liberalen

Die FDP-DV im Juni hat einen bedeutenden Umbau des Steuersystems beschlossen: Von der Verrechnungssteuer zur Quellensteuer mit Abgeltungscharakter. Die Entwicklungen der letzten Wochen zeigen die Bedeutung dieses Vorschlags. Trotz 13 Doppelbesteuerungsabkommen bleibt der Schweiz nur eine kurze Verschnaufpause. Der Informationsaustausch im Einzelfall ist umständlich – mit Schulden bis zum Hals wird das Ausland am automatischen Informationsaustauschs festhalten.

Die FDP unternimmt nun rasch Schritte zur Umsetzung ihrer Forderung. Ständerat Rolf Schweizer

reichte in der Sondersession am 11. September eine Motion ein: Der Bundesrat soll eine Botschaft bis Mitte 2010 für grundlegende Reformen vorlegen und anderen Staaten umgehend Verhandlungen anbieten.

Die Einzelheiten: Die Verrechnungssteuer von 35% ist abzuschaffen. Auf Schweizer Schuldner beschränkt, benachteiligt sie unseren Finanzplatz. Weil nicht alle Ausländer die Steuer zurückverlangen können, kaufen internationale Anleger kaum Schweizer Anleihen. So gehen Arbeitsplätze verloren. Statt der Verrechnungssteuer braucht es eine Quellensteuer mit Abgeltungscharakter. Die Bank zahlt die Steuer direkt dem Fiskus.

Damit ist die Steuerpflicht erfüllt, und das aufwendige Ausfüllen in der Steuererklärung erübrigt sich. Steuerhinterziehung auf diesen Einkünften ist nicht mehr möglich. Besteuert werden soll mit fixen und tiefen Steuersätzen, womit das Steuersystem in Richtung des Easy Swiss Tax der FDP vereinfacht wird. Da die Steuer auch auf Wertpapieren ausländischer Schuldner Anwendung findet, wird es trotz tieferen Steuersätzen keine Ausfälle für Bund und Kantone geben.

Diese Quellensteuer soll in bilateralen Verträgen auch dem Ausland für deren Steuerpflichtige angeboten werden. Die Höhe des Steuersatzes bemisst sich an den Gegebenheiten des Vertrags-

staates. Das Ausland erhält so höhere Steuererträge, da Schweizer Banken auf alle von einer ausländischen natürlichen Person gehaltenen Depotwerte Steuern überweisen. Als Gegenleistung müssen ausländische Steuerpflichtige weder ihre Identität preisgeben noch ihre Vermögenswerte in der Steuerabrechnung offenlegen. Der Schutz der Privatsphäre bleibt gewährleistet und der Tatbestand der Steuerhinterziehung fällt dahin.

Mit dem Modell kann die Schweiz agieren statt reagieren. Die von Bundespräsident Merz ausgehandelte Verschnaufpause gilt es dringend für grundlegende Reformen zu nutzen.

Regierung

Wer soll den Bundesrat wählen?

Die Forderung nach einer Volkswahl des Bundesrats taucht mit hartnäckiger Regelmässigkeit auf, ohne bis anhin konkrete Formen anzunehmen. Auffällig ist, dass die Forderung nach einer Volkswahl des Bundesrats immer dann zum Thema wird, wenn es um die Neubesetzung eines Bundesratssitzes geht.

Von **Christa Markwalder, Nationalrätin BE**

Auch die Rücktrittsankündigung unseres Bundesrats Pascal Couchepin gibt einmal mehr Gelegenheit, über den Wahlkörper des Bundesrats nachzudenken. Ist die Bevölkerung besser geeignet, darüber zu entscheiden, wer die Schweiz regieren soll als das Parlament? Und wie könnte der legitime Anspruch der sprachlichen Minderheiten bei einer allfälligen Volkswahl garantiert werden?

Schweiz als Willensnation

Zunächst ist hervorzuheben, dass die Kompetenz der Bundesversammlung zur Wahl der Regierung der Eigenart des Konkordanzsystems entspringt. Das Parlament hat die Aufgabe, die Eignung der Bundesratskandidatinnen und -kandidaten abzuklären, den Wählerwillen zu respektieren sowie den legitimen Anspruch der Vertretung der sprachlichen Minderheiten in der Landesregierung zu garantieren. Mit rechtlichen Vorgaben, wie dies die Verfassung des Kantons Bern zur Garantie für den Berner Jura vorsieht, lässt sich ein Minderheitenschutz zwar institutionalisieren, allerdings bietet dieser Passus keinerlei Flexibilität, wie sie die Bundesversammlung bei der Wahl des Bundesrats kennt.

Die Schweiz ist eine Willensnation und muss den nationalen Zusammenhalt auf allen Stufen hochhalten. Auch wenn die wahlberechtigte Bevölkerung die Regierungs- und Staatsräte ihres Kantons jeweils direkt wählt, kann dies keine Gewähr dafür sein, dass die Zusammensetzung des Bundesrats vom Volk aus auch dem Prinzip des nationalen Zusammenhalts folgen würde, zumal die ganze Schweiz einen Wahlkreis bilden würde. Selbst wenn ein Minderheitenschutz für die lateinische Schweiz eingeführt würde, könnte dies dazu führen, dass das Tessin durch die quantitätsmässige Übermacht der französischsprachigen Schweiz nie mehr im Bundesrat vertreten wäre.

Rampenlicht wäre entscheidend

Wer sich als Bundesrat oder als Bundesrätin eignet, soll nicht durch die Medien und teure, öffentlich wirksame Wahlkampagnen beein-



Das Bundesratszimmer in der 1940er Jahren.

Bild: Keystone

flusst, sondern durch das eidgenössische Parlament festgestellt werden. Medial dauerpräsen- te Bundesratskandidatinnen und -kandidaten sind nicht per se besser geeignet für eine solch verantwortungsvolle Aufgabe während Krisenzeiten als kompetente Schaffer, die sich nach ihren Aufgaben anstatt dem Rampenlicht ausrichten.

In der Schweiz haben wir uns nach vielen Anläufen für ein Konkordanzsystem entschieden, das die stärksten politischen Kräfte in die Regierung einbindet und damit die Repräsentanz des Wählerwillens garantiert.

Das eidgenössische Parlament ist deshalb der logische Wahlkörper und der natürliche Garant, das Konkordanzsystem aufrechtzuerhalten, da die Mitglieder der Bundesversammlung bei der Bundesratswahl die Eignung sowie die Akzeptanz über die Parteigrenzen hinweg aus der Nähe und Praxis beurteilen können.

Die Schweiz tut sich generell schwer mit institutionellen Reformen auf Regierungsebene

wie beispielsweise der Stärkung des Bundespräsidiums oder einer Reform der Bundesratswahl. Doch die Volkswahl des Bundesrats wäre nicht ein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.

Mathematische Brechstange

So würden die Kompetenzen der Bundesversammlung angesichts des zunehmenden Gewichts der Exekutive durch Globalisierung und Internationalisierung zunehmend ausgehöhlt, ein Minderheitenschutz nur mit der mathematischen Brechstange möglich und der Wählerwille sowie eine angemessene Vertretung beider Geschlechter in der Regierung mit einer Volkswahl des Bundesrats nicht garantiert.

Die Bundesversammlung ist und bleibt der logische Wahlkörper des Bundesrats und hat deshalb auch dafür zu sorgen, dass das freisinnig-liberale Gedankengut auch nach dem 16. September 2009 von zwei Persönlichkeiten im Bundesrat vertreten wird.



Abstimmung vom 27. September

AHV sichern – IV sanieren

Die IV ist in Schieflage und gefährdet zunehmend die AHV. Mit einer auf 7 Jahre befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer soll die Verschuldung gestoppt, die AHV von der IV befreit und der Weg zur 6. IV-Revision geöffnet werden. Stimmen wir JA zur IV-Zusatzfinanzierung am 27. September.

Von Pierre Triponez,
Nationalrat BE

Die Volksabstimmung vom 27. September 2009 über die zeitlich befristete Zusatzfinanzierung der IV wird nicht einfach zu gewinnen sein. Niemand freut sich darauf, während sieben Jahren eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in Kauf nehmen zu müssen, um die dringend nötige Sanierung der IV voranzutreiben. Dieser Schritt ist aber unumgänglich, um das finanzielle Gleichgewicht dieser wichtigen Sozialversicherung wiederherzustellen und um den AHV-Fonds vom IV-Fonds zu trennen. Es braucht Vernunft und Weitsicht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, damit sie trotzdem ein überzeugtes JA auf den Stimmzettel schreiben.

Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass praktisch sämtliche Parteien von rechts bis links (mit einer Ausnahme) und alle Dachorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer diese Vorlage unterstützen und zur Annahme empfehlen.

Die wichtigsten Elemente der Zusatzfinanzierung

Die Abstimmungsvorlage beruht auf folgenden Eckfeilern:

1. Einer zeitlich befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer (vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2017) zugunsten der Invalidenversicherung. Konkret werden die Mehrwertsteuersätze während diesen sieben Jahren wie folgt angehoben: der reduzierte Sondersatz für die Güter des täglichen Bedarfs von heute 2,4% auf 2,5%, der Behebungssatz von 3,6% auf 3,8% und der Normalsatz von 7,6% auf 8%.

2. Einer Trennung der Invalidenversicherung vom AHV-Ausgleichsfonds und der Errichtung eines separaten IV-Fonds mit einem Startkapital von 5 Milliarden Franken aus dem AHV-Ausgleichsfonds. Auf der anderen Seite übernimmt der Bund die Schuldzinsen der IV in der Höhe von jährlich 360 Millionen Franken, welche wiederum der AHV zugutekommen.

Notwendigkeit dieser Sonderfinanzierung

Die Invalidenversicherung steckt schon seit langem in tiefroten Zahlen. Die Situation hat sich bis vor kurzem stetig verschlimmert. Ihre Schuld gegenüber der AHV beträgt heute über 13,5 Milliarden Franken. Wird diese Schuldspirale nicht gestoppt und die AHV von der IV befreit, so sind in wenigen Jahren auch die AHV-Renten gefährdet.

Erfreulicherweise konnte mit der 5. IV-Revision, welche von der Stimmbürgerschaft am 17. Juni 2007 gutgeheissen worden ist, der IV-Rentenbestand seither stabilisiert und sogar leicht reduziert werden. Die Zahl der Neurentner hat dank Früherfassung, besserer Eingliederung, konsequenterer Missbrauchsbekämpfung und Leistungskürzungen sogar um 40% abgenommen. Es bleibt aber die Tatsache, dass die neuen Eingliederungs- und Kontrollmassnahmen diese Spareffekte zumindest in der aktuell schwierigen Arbeitsmarktphase teilweise aufheben.

Ausgewogener Sanierungsplan

Es wird deshalb viel Zeit und eine weitere 6. IV-Revision brauchen, bis unsere Invalidenversicherung 2017



IV-Rentner sind auf Unterstützung angewiesen.

Bild: Keystone

wieder im Lot ist. Das erste Teilpaket mit einem Sparvolumen von 570 Millionen Franken dieser zusätzlichen Revision ist bereits in der Vernehmlassung (geplante Inkraftsetzung: 2012/2013). Eine raschere Sanierung wäre jedoch kaum sozialverträglich verkräftbar.

Nach der Überzeugung des Bundesrates und der Parlamentsmehrheit ist die auf sieben Jahre befristete Zusatzfinanzierung mittels einer moderaten Anhebung der

Mehrwertsteuer jedenfalls der beste Weg zu diesem wichtigen Ziel.

JA am 27. September!

Klar ist jedenfalls schon heute: Wir dürfen uns vor der Verantwortung nicht drücken. Es ist höchste Zeit, die Sanierung unserer Invalidenversicherung jetzt in Angriff zu nehmen. Die richtige Weichenstellung hierfür bildet ein deutliches JA am 27. September 2009.

Die Massnahmen der 6. IV-Revision im Überblick

Im Rahmen der 6. IV-Revision soll der Rentenbestand durch zusätzliche Eingliederungen von IV-Rentnerinnen und -Rentnern in den ersten Arbeitsmarkt reduziert werden. Zudem wird der Finanzierungsmechanismus neu geregelt – die im Rahmen der Sanierung erzielten Einsparungen sollen vollumfänglich der Invalidenversicherung selber zugutekommen. Zudem will die Revision die Schaffung eines echten Wettbewerbs beim Erwerb von Hilfsmitteln ermöglichen. Ein vierter und wichtiger Punkt betrifft die Einführung des Assistenzbeitrags: Er soll eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Lebensführung fördern. Menschen mit einer Behinderung können dadurch selber Personen für eine möglichst selbständige Alltagsbewältigung anstellen.

Bundesratswahl

Ein Kampf um Konkordanz und Zusammenhalt

Am 16. September wird der Nachfolger von FDP-Bundesrat Pascal Couchepin gewählt. Die FDP hat als drittstärkste Partei klaren Anspruch auf den zweiten Sitz. Gibt die Bundesversammlung dem verantwortungslosen Machthunger der CVP nach, zerstört sie die Konkordanz und gefährdet den Zusammenhalt in der Schweiz.

Wenn Mitte September die Bundesversammlung den Nachfolger oder die Nachfolgerin für Bundesrat Pascal Couchepin bestimmt, nimmt sie auch einen Richtungsentscheid vor. Die Parlamentarier müssen entscheiden, ob sie leichtfertig die Konkordanz – ein zentraler Erfolgsfaktor für unser Land – zerschlagen wollen. Denn die Zauberformel, welche seit 1959 den stärksten drei Parteien zwei und der viertstärksten Partei einen Bundesratssitz zugewiesen hat, ist nicht ein blosses Rechenspiel. Sie sorgt seit Jahrzehnten massgeblich für die Stabilität, welche die Schweiz erfolgreich macht.

Am Anspruch der FDP auf zwei Sitze ist nicht zu zweifeln. Sie ist mit 17,7% der Stimmen klar die drittgrösste Partei (SVP 28,9%, SP 19,5%, FDP 17,7%, CVP 14,5%). Zudem ist sie die grösste politische Kraft in der lateinischen Schweiz,

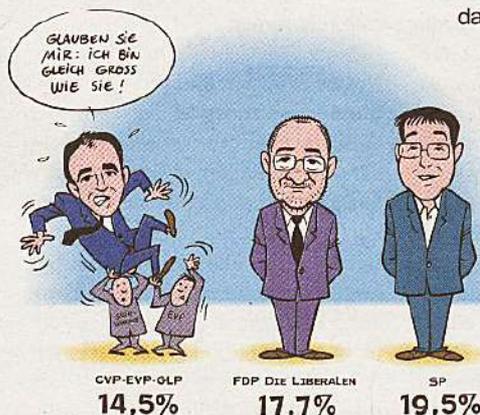
ebenso wie auf kantonaler Ebene in der übrigen Schweiz.

Deshalb leuchtet es ein, dass die CVP gegen diese klaren Verhältnisse bloss mit absurden Rechenspielen anzukommen versucht. Die FDP sei zwar «knapp» die stärkere Partei, räumt CVP-Präsident Christophe Darbellay ein. Dafür habe die CVP-EVP-glp-Fraktion mehr Mitglieder. Ein reines Zweckbündnis, das nach den nächsten Wahlen sowieso auseinanderfliegen dürfte, als Legitimation für einen Bundesratssitz? Schliesslich macht der glp-Chef Martin Bäumle kein Geheimnis daraus, dass er eine eigene Fraktion gründen will. Noch seltsamer wurde es, als Darbellay damit begann, auch noch die Wähleranteile der in der Regenbogen-Fraktion vertretenen Parteien zusammenzuzählen.

Aber der Machthunger geht noch weiter. Die CVP ist nicht nur bereit, die Stabilität unseres Landes ungestüm zu gefährden. Sie schreckt auch nicht davor zurück, die bewährte und in der Verfassung verankerte gebührende Berücksichtigung der sprachlichen Minderheiten zu respektieren: Weil die Partei offenbar nur Urs Schwaller

zutraut, den FDP-Sitz zu stehlen, da sie in der Westschweiz über keine respektierten Politiker zu verfügen scheint, wird der Deutschfreiburger von der CVP flugs zum Romand erklärt. Aber die Romandie liess sich dieses Spielchen nicht gefallen: Mehrheitlich wurde die Meinung vertreten, Schwaller vertrete sie nicht. Und so erklärt seither die CVP eben, die Herkunft der Kandidaten sei gar nicht wichtig.

Eindeutiger kann man den fehlenden Respekt für die Schweizer Institutionen und den erfolgreichen Weg, den sie seit 50 Jahren ermöglichen, kaum ausdrücken. Die Bundesversammlung muss Verantwortung übernehmen – für das Wohlergehen unseres Landes.



Lesehinweis

«Ein Land im Taumel» – Sonderausgabe der «Schweizer Monatshefte»

Die «Schweizer Monatshefte» publizierten Ende August eine Sonderausgabe zur Zukunft unseres Landes. Verschiedene Essays gehen der Frage nach, wie es dazu komme, «dass das Schweizer Polit- und Wirtschaftsestablishment gegenwärtig so unglücklich und unvorbereitet agiert». Unter den Autoren sind die St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Suter und die Präsidentin der jungfreisinnigen Schweiz, Lena Schneller. In der momentanen (Führungs-)Krise, so beschreiben die Verantwortlichen das Projekt

der Sonderausgabe, müsse sich die Schweiz neu erfinden, um ihr politisches und wirtschaftliches System zu bewahren.

Die Sonderausgabe ist im Internet auf www.schweizermonatshefte.ch veröffentlicht. Den schnellsten Lesern des «Freisinn» winkt zudem ein gedrucktes Gratisexemplar. Die ersten 20 Leser, welche ein Mail mit dem Betreff «Freisinn» und ihrer Adresse an info@schweizermonatshefte.ch schreiben, erhalten das Sonderheft kostenlos zugeschickt.

Was ist los
mit der
Schweiz?

13 Schweizer suchen eine Antwort

«Schweizer Monatshefte»
Zeitschrift für Politik
Wirtschaft Kultur, seit 1921

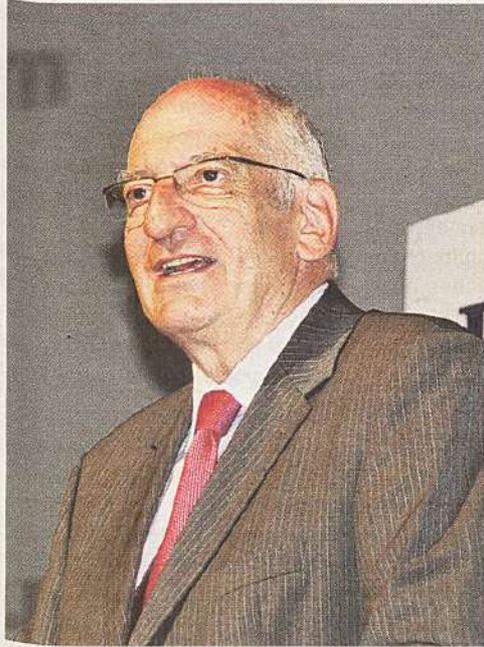
Bestellen unter:
www.schweizermonatshefte.ch
044 361 26 06

SCHWEIZER
MONATSHEFTE
Sonderthema

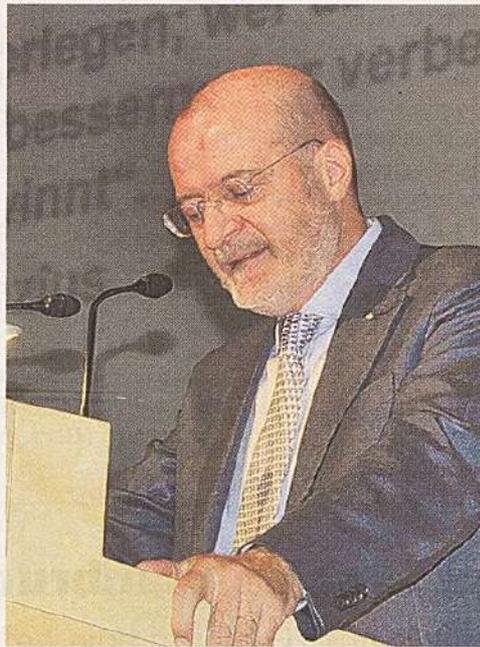
Delegiertenversammlung vom 27. Juni

In der Ruhe liegt die Kraft

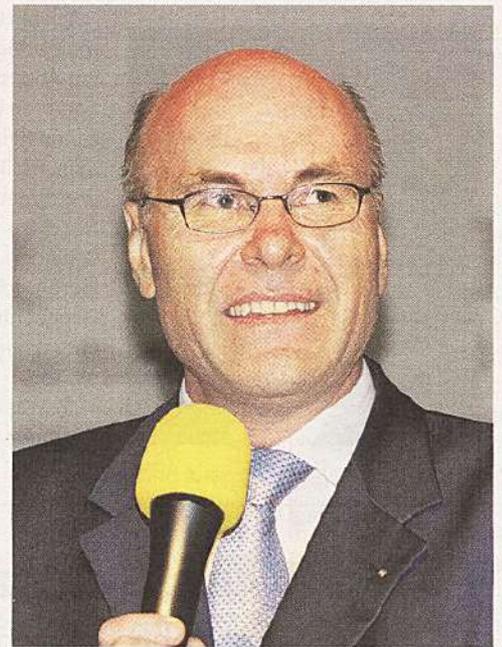
Geeinter Aufruf für eine liberale Schweiz an der DV in Bern



Bundesrat Pascal Couchepin



Parteipräsident Fulvio Pelli



Vizepräsident Markus Hutter

Die FDP-Delegiertenversammlung verabschiedete eine Finanzplatzstrategie, befürwortete eindeutig die IV-Zusatzfinanzierung und lehnte ebenso deutlich die Anti-Minarett-Initiative ab. Parteipräsident Fulvio Pelli appellierte an die liberale Gestaltungskraft unserer Partei.

Mit 276 zu 18 Stimmen sprach sich die Versammlung nach einer charismatischen Rede von Bundesrat Pascal Couchepin und einer engagierten Podiumsdiskussion von Befürwortern und Gegnern eindeutig für die IV-Zusatzfinanzierung aus. Die Mehrheit der Delegierten war der Überzeugung, dass nur bei Annahme der Vorlage die Zukunft von IV und AHV gesichert werden könne. Die Anti-Minarett-Initiative lehnten die Delegierten mit 266 zu 4 Stimmen klar ab: Die Religionsfreiheit soll in unserem Land weiterhin auch für Muslime gelten. Der Zürcher Nationalrat Markus Hutter wurde zudem als neuer Vizepräsident der Partei gewählt.

Liberale Gestaltungskraft

Neben den Abstimmungen vom 27. September stand die liberale Gestaltungskraft im Mittelpunkt der DV. In seiner Eröffnungsrede bekräftigte Parteipräsident Fulvio Pelli den Willen der FDP, mit echten Reformen eine liberale

Schweiz zu gestalten. «Wir sind der liberale Motor unseres Landes», rief Pelli den Delegierten zu, «das macht uns einmalig und notwendig für unser einmaliges Land.»

Liberalismus bedeute, so führte Pelli aus, das Potenzial der offenen, modernen Gesellschaft zu nutzen. Eingriffe des Staates wie eine Bewilligungspflicht zur Betreuung eines Kindes durch Verwandte – «der Gipfel bürokratischer Absurdität» – führten zur Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger. Der Tessiner Nationalrat erklärte: «Unser Ziel ist klar. Wir wollen eine liberale Schweiz. Eine Schweiz, in welcher das liberale Sein statt der liberale Schein herrscht. Dazu braucht es unsere Partei.»

Verantwortung in der Krise

Liberal bedeute, auch in der Krise Verantwortung zu tragen, sagte Pelli. Diese Verantwortung nimmt die FDP in der Wirtschaftskrise wahr. Mit ihrer Finanzplatzstrategie, welche die DV verabschiedete, lancieren wir die vorwärts gerichtete Debatte um einen neuen, gestärkten Finanzplatz mit gutem Ruf und Effizienz. Ein Finanzplatz, der neue Geschäfte wie Fonds und Vermögen ausländischer Pensionskassen in die Schweiz holt und damit bis 2015 bis 40 000

neue Arbeitsplätze schafft. Vor den Delegierten wiederholte Fulvio Pelli auch den eindeutigen Anspruch der FDP in der Bundesrats-Nachfolgewahl. «Mit 17,7% sind wir klar die drittstärkste Partei. Gemäss Zauberformel haben die liberalen Kräfte der Schweiz Anspruch auf zwei Sitze.» Ob eine Mitte-Links-Mehrheit den FDP-Sitz stehlen werde, könne er nicht sagen, so Pelli. Er sei kein Prophet. Eines aber wisse er: «Wer mit unseren Institutionen spielt, bezahlt einen hohen Preis.» Er zeigte sich gelassen angesichts des bevorstehenden Sommertheaters – «lassen wir alle die Kraft unserer Argumente spüren».

Optimistisch und beschwingt

Pelli stellte seine optimistische und beschwingte Rede, die von den Delegierten mit langem Applaus aufgenommen wurde, unter ein Sprichwort von Konfuzius: «Wer das Ziel kennt, kann entscheiden; wer entscheidet, findet Ruhe; wer Ruhe findet, ist sicher; wer sicher ist, kann überlegen; wer überlegt, kann verbessern; wer verbessert gewinnt.» So gehe auch die FDP unbeirrbar, sicher und gelassen ihren Weg: «Mit einer klaren, oft unbequemen, aber profiliert liberalen Politik.»

Fünf Fragen an:

Martine Brunschwig Graf

Nationalrätin und Bundesratskandidatin GE, verwitwet



1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Ich bin überzeugt, dass unser demokratisches System das beste ist. Aber damit unser System funktionieren kann, müssen wir Schweizerinnen und Schweizer auch bereit sein, Risiken und Verantwortung zu übernehmen. Aus diesem Grund habe ich vor ein paar Jahren entschieden, mich politisch zu engagieren. Ich wollte nicht mehr «nur» Beobachterin sein, sondern als Macherin unser System aktiv mitgestalten.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Ich mag die Vielfaltigkeit, dank der wir den Föderalismus leben können. 26 Kantone, 26 verschiedene Kulturen, 26 verschiedene Arten zu regieren – diese Vielfaltigkeit ist eine der grössten Stärken der Schweiz.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Es ist schwierig, zwischen den vielen verschiedenen politischen Ereignissen ein spezifisches auszuwählen.

Aber die Funktion, die mir bis heute am besten gefallen hat, ist klar die der Regierungspräsidentin des Kantons Genf. In dieser Funk-

tion habe ich viel über Kollegialität gelernt!

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Mit Mut und Selbstvertrauen in die Politik einzutreten! Mein Motto wäre: «Yes you can!»

5. Wenn Beamten möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihr Reise?

Ich würde sehr gerne einige Zeit in Ägypten leben, zur Zeit der Pharaonen! Diese Zivilisation begeistert und interessiert mich sehr, sowohl politisch wie auch kulturell.

Gesellschaft

Polemik um Schwangerschaftsabbruch

SVP-Nationalrat Föhn entfacht mit seiner Forderung die heftige Diskussion rund um die Thematik des Schwangerschaftsabbruches neu. Dies ist mehr als bedauerlich, da sich diese Debatte in den letzten Jahren endlich beruhigt hat. Die aktuelle Lösung entspricht den Erwartungen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger und hat sich in den letzten Jahren bewährt.

Von Jacqueline de Quattro, Präsidentin FDP-Frauen, Regierungsrätin Kanton Waadt

Die SVP forderte kürzlich, die Kostenübernahme für einen Schwangerschaftsabbruch aus der obligatorischen Grundversicherung der Krankenkassen zu streichen. Die Krankenkasse soll nur nach einer Vergewaltigung oder bei Lebensgefahr für die Mutter bezahlen. Die FDP-Frauen widersetzen sich klar dieser Forderung und sehen in ihr die Gefahr einer neuen Polemik rund um moralische Werte.

Aus Überzeugung haben sich die FDP-Frauen im 2002 für die Fristenregelung ausgesprochen. Diese wurde durch das Stimmvolk mit 72% Ja-Stimmen klar angenommen. Diese Abstimmung war eindeutig und kann nicht angezweifelt werden.

Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben mit diesem Entscheid eine Politik gewählt, die unseren Grundwerten wie Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Gleichstellung und Freiheit entspricht. Der Föderalismus, die Glaubensfreiheit und die Tradition waren entscheidende Faktoren bei der Ausgestaltung dieser neuen Regelung. Dank diesem Entscheid können alle Schweizer Frauen auf eine pragmatische und respektvolle Lösung zurückgreifen.

Die FDP-Frauen empfinden es als unverantwortlich, aufgrund von persönlichen und moralischen Überzeugungen alte Wunden wieder aufzureissen. Statistiken zeigen, dass die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche seit über 10 Jahren stabil ist. Gemäss neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik haben

im vergangenen Jahr 10848 Frauen eine Schwangerschaft abgebrochen. Dies ist im europäischen Vergleich eine sehr tiefe Zahl. Diese Tatsache beweist, dass sich der eingeschlagene Weg im Bereich der Aufklärung und Verhütung bewährt hat. Wieso soll nun ein funktionierendes und bewährtes System in Frage gestellt werden?

Die Position der SVP ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern zeigt auch wenig Respekt gegenüber diesem sehr klaren Volkentscheid. Ebenfalls beweist die Forderung wenig Mitgefühl, Achtung und Respekt gegenüber den Frauen, die von einer unerwünschten Schwangerschaft betroffen sind. Sie lässt völlig ausser Acht, dass ein Schwangerschaftsabbruch immer aus einer Not heraus gemacht wird und keine Frau einen solchen

Eingriff leichten Herzens vornimmt. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung gehören zu unseren wertvollsten Gütern. Die persönliche Entscheidung in einem so sensiblen und emotionalen Bereich darf nicht einem gesellschaftlichen Druck unterworfen werden. Wir FDP-Frauen distanzieren uns in aller Form von solchen Forderungen und widersetzen uns jeglichem Versuch, Frauen zu diskriminieren und zu kriminalisieren. Die Forderung wäre ein gewaltiger Rückschritt und würde die ganze politische Arbeit der liberalen Frauen mit einem Schlag zunichtemachen.

Die FDP-Frauen werden sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Schweizer Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt und eigenverantwortlich über ihr Leben entscheiden können.

Gleichstellung

Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Jahr 2009

Frau, Mutter und berufliche Karriere – Mann, Vater und berufliche Karriere

«Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

Art. 8 Abs. 3 Bundesverfassung

Die Gleichstellung von Mann und Frau steht seit 1981 in unserer Verfassung und wird von allen Seiten anerkannt. Tatsache oder Wunschdenken? Sind Frauen und Männer im Jahr 2009 gleichberechtigt? Haben wir im Arbeitsmarkt die gleichen Chancen? Kümmern sich Frauen und Männer zu gleichen Teilen um die Familie? Ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Schweiz gegeben?

Hier einige Fakten:

In der Wirtschaft: Lohngleichheit, Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeitmodelle, Elternurlaub

- Frauen verdienen bis zu 18% weniger als Männer für die gleiche Arbeit (Zahlen BFS 2006)
- Teilzeitmodelle in Kaderpositionen sind immer noch eine Seltenheit
- Mutterschaftsurlaub für hohe Kaderpositionen ist umstritten und wird von konservativen Kreisen bekämpft
- Eltern- und Vaterurlaub ist kein Thema

Bei der familienergänzenden

Kinderbetreuung und im Schulsystem:

Kinderkrippen, Tagesschulen, Blockzeiten

- Tagesschulen / Mittagstische / schulergänzende Betreuungsstrukturen (verbunden mit HarmoS) werden von den konservativen Kräften (SVP) unseres Landes vehement bekämpft.
- Krippenplätze sind Mangelware und für Familien aus der Mittelschicht kaum finanzierbar. Wenn der gesamte Lohn für Steuern und Betreuungskosten ausgegeben werden muss, macht die ausserhäusliche Arbeit kaum Sinn. Viel Potenzial geht verloren, wie auch Steuereinnahmen für den Staat.
- Alternative Finanzierungsmodelle: Betreuungsgutschriften, Einbindung der Wirtschaft. Erste Pilotversuche laufen an, jedoch erst vereinzelt. Alternative Lösungen sind in der politischen Diskussion kaum ein Thema.



Kind und Karriere: kein Problem?

Bild: mauritius images

In der Steuerpolitik: Reformen der Familienbesteuerung, Abzüge für Familien

- Die Steuerabzüge werden mit politischen Schachzügen immer wieder gebremst, und einmal mehr wird die Mittelschicht krass missachtet. Der Fokus wird auf die sozial schwächeren Familien gelegt. Der Mittelstand wird dabei vergessen. Die FDP, Die Liberalen fordert deshalb einen maximalen Abzug von 24 000 Franken SVP, CVP und SP fordern nur 12 000 Franken.

Diese Tatsachen zeigen auf, dass wir im 2009 von der tatsächlichen und gelebten Gleichstel-

lung von Mann und Frau immer noch weit entfernt sind. Männer wie Frauen müssen sich immer noch zu oft zwischen Karriere oder Familie entscheiden.

Wieso schafft es die Schweiz nicht, moderne und familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen? Die konservativen Kräfte unseres Landes vertreten immer noch das traditionelle Familienbild und verkennen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Paradebeispiel ist der Artikel der «Weltwoche» zum Mutterschaftsurlaub einer ABB-Topmanagerin. Es sei die Pflicht und Verantwortung einer Topmanagerin, die Öffentlichkeit über ihr Privatleben zu informieren, zu sagen, wer der Vater des Kindes ist, und auch genau mitzuteilen, wie sie gedenke, ihr Privatleben zu organisieren. Absurd! Am besten sollte man ein Register erstellen und genau kontrollieren, welcher Topmanager mit welchem Partner verkehrt.

Für die FDP, Die Liberalen gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den politischen Prioritäten. Männer und Frauen sollen frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten möchten. Neben den gesellschaftlichen sprechen auch wirtschaftliche Argumente dafür. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, in die Bildung von Frauen und Männern zu investieren, wenn dann quasi die Hälfte im Arbeitsmarkt nicht einsetzbar ist. Auch verliert der Staat massive steuerliche Einnahmen, wenn die Hälfte der Bevölkerung nicht am Arbeitsmarkt teilnimmt. Die Schweiz kann sich auch nicht leisten, die Kinderlosigkeit zu fördern. Unser Land braucht Nachwuchs!

Für die FDP, Die Liberalen ist es offensichtlich, dass in Krisenzeiten weibliche Kompetenzen besonders gefragt sind und die Wirtschaft gemischte Teams braucht. Studien haben klar aufgezeigt, dass gemischte Teams bessere Leistungen erbringen und mehr Vertrauen schaffen. Faktoren wie Empathie und Sozialkompetenz sind oft matchentscheidend.

Die Forderungen der FDP, Die Liberalen sind klar: Wir müssen familienfreundliche und moderne Rahmenbedingungen schaffen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Gemischte Teams in der Wirtschaft, Gesellschaft, aber auch im Privatleben sind der Schlüssel für eine erfolgreiche und prosperierende Zukunft der Schweiz.

Persönlich

«Wir müssen handeln»

Interview mit Tobias Widmer, Präsident der Jungfreisinnigen St. Gallen-Gossau

Tobias, Mitte April wurden die Jungfreisinnigen St. Gallen-Gossau gegründet. Was war die Motivation für dich bzw. euch, eine Sektion aufzubauen?

Tobias Widmer: Die Idee für die Gründung einer Regionalpartei St. Gallen-Gossau stand schon seit längerem zur Diskussion. Da aber die meisten aktiven Jungfreisinnigen aus dieser Region genau wie ich schon im kantonalen Vorstand tätig waren und die Kantonalpartei hauptsächlich aus der Hauptstadt agierte, bestand bisher kein Grund zu handeln. Immer wieder standen wir aber vor dem Problem, dass wir zu regionalen Themen nur schlecht offizielle Statements von kantonalen Ebene geben konnten. Und als wir bei den Kantonsratswahlen – und später bei den Stadtparlamentwahlen von St. Gallen – sahen, wie schlecht organisiert und vertreten wir auf regionaler Ebene waren, wurde uns bewusst: Wir müssen handeln.

Welche Ziele verfolgt ihr?

Auf regionaler Ebene führten die Jungfreisinnigen in St. Gallen leider eher ein Schattendasein. Ganz nach unserem Motto «jung.urban.liberal» wollen wir einen gesunden Gegenpol zur sehr links-grün dominierten Jugendpolitik in St. Gallen bilden. Wir sind der festen Überzeugung, dass es für jedes Problem, egal ob bei Jugendfragen, Kultur oder Wirtschaft, eine liberale, für jede Person akzeptable Lösung gibt.

Wie motiviert ihr Junge aus der Region St. Gallen, bei euch mitzumachen?

Unsere Ansichten sind gerade für zukunftsorientierte, weltoffene junge Leute, welche sich nicht in ein endgültiges Parteischema mit fixen Grenzen einfügen wollen, sehr attraktiv. Bei uns sind alle Meinungen erlaubt, solange diese nicht



Tobias Widmer beim Unterschriftensammeln fürs Referendum.

gänzlich gegen unsere Grundwerte wie Freiheit, Eigenverantwortung und Respekt verstossen. Verschiedene Ansichten führen zur Diskussion, welche uns als Partei stärken.

Bereits einige Wochen nach eurer Gründung habt ihr für viel Aufruhr gesorgt, indem ihr in St. Gallen ein Referendum ergriffen habt. Um was ging es dabei, und was waren die Gründe dazu?

Die St. Galler Regierung hat unter Federführung des FDP-Stadtpräsidenten beschlossen, aus dem Haushaltsüberschuss der Stadt einen Teil an die St. Galler Bevölkerung zurückzugeben. Dieses «Geschenk» sollte in Form von 50-Franken-Gutscheinen an alle in der Stadt wohnhaften Personen ausgeteilt werden, egal ob Neugeborene, im

Altersheim Lebende oder Ausgesteuerte. Das Ganze wurde unter dem Namen «Bildung eines Fonds zur Stärkung der Konsumnachfrage» verkauft und die 3,8 Mio. Franken knapp vom St. Galler Stadtparlament gutgeheissen. Wir sehen darin eine absolut ungerechtfertigte Umverteilung von Steuergeldern und eine reine Marketingaktion für die Stadt und gewisse Vertreter der Regierung, sicherlich aber keine Massnahme zur Steigerung der Konsumentenstimmung. Es ist für uns unverständlich, wie man in wirtschaftlich schweren Zeiten wie jetzt das Geld auf diese Art und Weise verprassen kann. Wo man doch weiss, dass der Überschuss auf die guten Steuereinnahmen der Vergangenheit zurückzuführen ist, welche in den kommenden zwei Jahren wegfallen werden.

Wart ihr erfolgreich?

Wir haben die benötigten Unterschriften leider nicht zusammengebracht, da wir dieses Referendum im Alleingang ergriffen haben und unsere personellen wie finanziellen Ressourcen sehr beschränkt waren. Die anderen Mitte-Rechts-Parteien wollten uns nicht unterstützen, da man die St. Galler Bevölkerung nicht verärgern wollte. Und unsere Mutterpartei wollte sich nicht offiziell gegen ihren Stadtpräsidenten stellen. Als das Referendum ergriffen wurde, überwogen jedoch die positiven Rückmeldungen, und wir hatten dadurch die Möglichkeit, uns mit unseren Ansichten und Zielen der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Ich hoffe nun, die St. Galler werden viel Spass mit ihren Gutscheinen haben und die Konsumnachfrage wird wider Erwarten gestärkt.

BVG-Umwandlungssatz

Zweite Säule sichern - Rentenloch verhindern!

Nächsten Frühling findet die Abstimmung über die Anpassung des BVG-Mindestumwandlungssatzes von 6,8% auf 6,4% bis 2015 statt. SP und Gewerkschaften ergriffen dagegen das Referendum. Ein Nein würde die Renten künftiger Generationen massiv gefährden.

**Von Lena Schneller, Präsidentin
Jungfreisinnige Schweiz**

Im kommenden Frühjahr entscheidet das Volk über die Anpassung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8% auf 6,4% bis 2015. Das Referendum ergriffen hatten u. a. die Gewerkschaften, die SP Schweiz und der «K-Tipp». Für die Jungfreisinnigen wird dieser Urnengang eine der wichtigsten Abstimmungen im kommenden Jahr, denn ein Nein würde die Renten künftiger Generationen massiv gefährden. Bereits bei der Einreichung der Referendumsunterschriften demonstrierten die Jungfreisinnigen gegen die kurzfristige Rentenpolitik der Gewerkschaften. Noch dieses Jahr starten sie ihre Kampagne, um möglichst früh auch die Jungen von der Anpassung des Mindestumwandlungssatzes zu überzeugen.

Um was geht es?

Beim Mindestumwandlungssatz handelt es sich um den Mindestprozentsatz des angesparten Kapitals, welcher dem Pensionierten jährlich ausbezahlt wird. Bei einem angesparten Rentenskapital von z. B. 150 000 Franken und einem Mindestzinssatz von 6,4% erhält der Pensionierte damit sicher 9600 Franken pro Jahr. Je nach Pensionskasse erhält er sogar noch mehr, denn wie der Begriff «Mindestumwandlungssatz» bereits andeutet, handelt es sich bei diesem Prozentsatz um das gesetzliche Minimum, welches jede Pensionskasse mindestens ausbezahlen muss. Mehr ist immer erlaubt: Keine Pensionskasse ist gezwungen, die Renten auf den Mindestumwandlungssatz zu senken, wenn sie genügend Erträge hat.

In den vergangenen zwanzig Jahren ist die Lebenserwartung stetig

gestiegen. Für die zweite Säule bedeutet dies, dass die Pensionierten länger eine Rente beziehen als früher. Eine Anpassung des Umwandlungssatzes auf diese längere Lebenserwartung ist daher nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Wenn man in die Berge geht und Proviant für 10 Tage kauft, dann doch 14 Tage bleibt, dann teilt man den Proviant auch für 14 Tage ein und konsumiert nicht den ganzen Proviant bereits in den ersten 10 Tagen.

Neben der Lebenserwartung hängt der Umwandlungssatz auch von den Erträgen des angesparten Kapitals ab. Der aktuelle Umwandlungssatz basiert auf einer erwarteten Rendite von 4,5%. Angesichts der aktuellen Lage auf den Finanzmärkten, die den Pensionskassen ebenfalls zusetzen, und dem Durchschnitt der letzten Jahre ist es schlicht unmöglich, diese Rendite über Jahre hinaus zu erreichen. Eine Beibehaltung des aktuellen Umwandlungssatzes würde die Lage der Pensionskassen unmittelbar verschärfen. Ein hoher Umwandlungssatz höhlt die zweite Säule durch zu hohe Rentenversprechen aus, ruft so langfristige Unterdeckungen hervor und gefährdet direkt die Renten zukünftiger Generationen.

Populistische Fehlinformationen der Gegner

Ein grosses Problem der Diskussion und damit auch der Abstimmung zur Anpassung des Umwandlungssatzes ist sicherlich, dass das System der zweiten Säule kompliziert ist. Wer kann denn schon auf die Schnelle einfach sagen, was der Umwandlungssatz genau ist? Und was ist der technische Zinssatz, was das Kapitaldeckungsverfahren? Eine Vereinfachung auf



Ein JA zur Generationengerechtigkeit!

Bild: Rainer Weisflog

populistische Abstimmungsparen, wie es die Gegner bereits getan haben (z. B. Rentenkürzung, Rentenklaus), wird dem Thema nicht gerecht. Um einen Diebstahl könnte es sich nur dann handeln, wenn jemandem auch tatsächlich etwas weggenommen wird. Dem ist aber nicht so: So sind zunächst einmal die laufenden Renten von einer Anpassung nicht betroffen. Daneben bekommt der einzelne Rentner nicht weniger, er lebt ja schliesslich auch länger.

Schliesslich gilt darauf hinzuweisen, dass genau das Gegenteil des Diebstahl-Vorwurfs zutrifft: Lässt man den Umwandlungssatz bei 6,8%, gefährdet dies die Renten zukünftiger Generationen. Wenn man schon von Rentenklaus sprechen will, dann wohl eher in diesem Zusammenhang. Obwohl es schwerer ist, die Stimmbürger mit sachlichen Argumenten gegen die populistische Pseudoargumentation der Linken zu überzeugen, ist es wich-

tig und unabdingbar, dass hier der Bevölkerung die wahren Tatsachen aufgezeigt werden. Und dass erklärt wird, um was es bei dieser Abstimmung wirklich geht.

Tragende Stütze

Die zweite Säule ist eine tragende Stütze unserer Altersvorsorge. Ziel soll es auch weiterhin sein, dass unser Dreisäulensystem die gewohnte Lebensweise auch nach der Pension in angemessener Weise ermöglicht. Dazu muss neben der AHV auch die zweite Säule langfristig gesichert sein. Betrachtet man sich die viel tieferen Umwandlungssätze im Überobligatorium, welches denselben Regeln der Verzinsung und Langlebigkeit unterworfen ist, so müsste der Mindestumwandlungssatz wohl eher noch tiefer liegen. Eine Anpassung des Mindestumwandlungssatzes auf 6,4% ist daher mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung.

Für ein erfolgreiches Innovationsland Schweiz

Vor kurzem hat die *FDP.Die Liberalen* einen Forderungskatalog vorgelegt, mit dem wir sicherstellen wollen, dass die Schweiz auch in 20 Jahren zu den innovativsten Ländern der Welt gehört. Wenn wir das erreichen, dann werden unsere Kinder Arbeit und Auskommen haben. Gelingt es uns hingegen nicht, dann werden wir an Wohlstand und Lebensqualität verlieren. Deshalb ist die Innovationspolitik für die Schweiz so wichtig. Diskutieren Sie mit auf www.innovationsland.ch!

Von Ruedi Noser, Nationalrat ZH

In den 25 Jahren als Unternehmer habe ich einen pragmatischen Ansatz gefunden, wie man Innovation definieren kann: Innovativ bin ich, wenn es mir gelingt, mit dem bestehenden Personal und mit den vorhandenen finanziellen Möglichkeiten ein Produkt so (weiter) zu entwickeln, dass bestehende oder potenzielle Kunden bereit sind, dafür mehr zu bezahlen.

Nach dieser Definition wachsen innovative Firmen, und man kann die Höhe des Gewinnes innerhalb der gleichen Branche als Messgrösse für deren Innovationsfähigkeit verwenden.

Apple macht mehr Gewinn als praktisch alle Handyhersteller zusammen. Folglich war Apple in den letzten drei, vier Jahren sehr innovativ. Novartis gelingt es, eine hohe Gewinnmarge zu halten, während die Konkurrenten eher leiden. Auch die Medtech-Branche, die in den letzten 20 Jahren in der Schweiz entstanden ist, ist sehr erfolgreich. Ein Indiz dafür, dass wir in der Schweiz in diesem Bereich optimale Voraussetzungen hatten, damit diese Innovationen bei uns stattfinden konnten. Leider gibt es auch Negativbeispiele: Obschon frühzeitig wichtige Forschungen und Entwicklungen in der Informatik gemacht wurden, ist es in den letzten 30 Jahren nicht gelungen, eine Schweizer Informatikindustrie von Bedeutung aufzubauen.

Beispiel Silicon Valley

Wie kann man nun beurteilen, ob eine Volkswirtschaft innovativ ist? Ein Indikator kann die Arbeitslosen-



Ruedi Noser

quote sein. Ich bin mir bewusst, dass in diese Zahl ungemein viel einfließt. Trotzdem ist sie für mich

ein guter Wert, ob die Innovationskraft einer Volkswirtschaft richtig stimuliert ist. Ein Blick nach Silicon Valley offenbart aber einen interessanten Aspekt, der in der aktuellen Innovationsdiskussion in der Schweiz auf keinen Fall vergessen werden darf. Silicon Valley hat die höchste Dichte an gut ausgebildeten Menschen, gleichzeitig aber auch die höchste Arbeitslosigkeit der gesamten USA.

Ich masse mir nicht an, zu wissen, warum dem so ist. Aber im Vergleich zur Schweiz fällt auf, dass es im Valley praktisch nur Akademiker und Hilfsarbeiter gibt. Eine eng vernetzte Berufsbildung, wie wir sie in der Schweiz kennen, existiert nicht.

Damit meine ich nicht, dass die Bildungswege miteinander vernetzt sind – auch das ist wichtig. Mit «vernetzt» meine ich, dass die Person den Job erhält, die am besten dafür geeignet ist, und nicht jene, welche die richtige Schule besucht hat. Fähigkeiten sollten wichtiger sein als Diplome. Deshalb setzt die *FDP.Die Liberalen* in ihrem Papier einen Schwerpunkt auf die Berufsbildung. Wir wollen eine klare Selektion für den akademischen Weg, und wir fordern eine exzellente Berufsbildung. Im Gegenzug wollen wir eine möglichst freie Berufsausübung. Nur dort, wo ein klares öffentliches Interesse besteht, den Berufszugang zu regeln, soll das



Werkplatz Schweiz – erfolgreich dank Innovation.

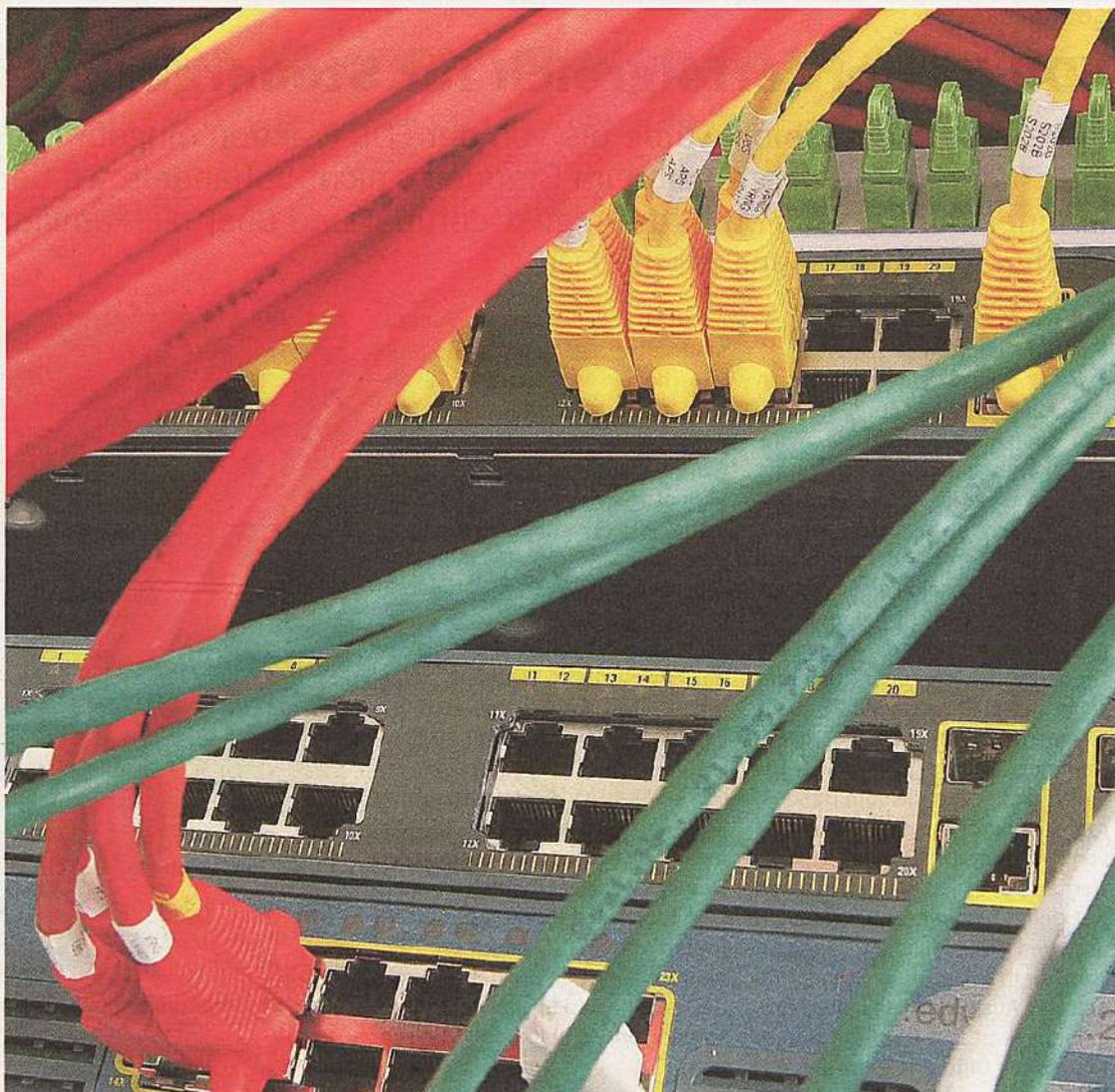
Bild: Keystone

auch geschehen. Jüngstes Beispiel von staatlichem Irrsinn sind die Zulassungsbedingungen für die Kinderbetreuung.

Ideale Rahmenbedingungen

Was kann der Staat sonst noch für die Innovationsfähigkeit tun? Möglichst wenig! Innovativ sein muss jeder Einzelne von uns. Der Staat kann aber die Rahmenbedingungen so setzen, dass es sich für jeden Einzelnen lohnt, innovativ zu sein. Wichtige Forderungen sind:

- Firmen sollen Gewinne erzielen wollen und motiviert sein, diese zu reinvestieren. Blockiermechanismen im Steuergesetz müssen eliminiert werden. Eigenfinanzierte Firmen zum Beispiel werden mit einer Dreifachbesteuerung belastet, die dazu führt, dass man alles tut, um keine Gewinne zu erwirtschaften. Der Staat soll Unternehmen und Unternehmern möglichst viel Geld für Investitionen belassen.
- Mehr Kapital für innovative Ideen bereitstellen. Pensionskassen sollen verpflichtet werden, 0,5% ihres Vermögens in Start-ups zu investieren. In den angelsächsischen Ländern ist das eine Selbstverständlichkeit. Bei uns ist es in den 25 Jahren BVG nicht gelungen, auch nur einen kleinen Teil des Kapitals in solche Kanäle fließen zu lassen. Im Gegenteil: Schweizer Pensionskassen geben ihr Geld lieber amerikanischen Start-up-Fonds und Schweizer werden immer öfters in den USA realisiert. Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass gute Ideen ins Ausland abwandern.
- Rahmenbedingungen schaffen, die helfen, die besten Köpfe der



Gute Bildung für Know-how am Arbeitsplatz.

Bild: foto-net

Welt ins Land zu holen. Menschen mit guten Ideen müssen von sich aus das Ziel haben, diese in der Schweiz realisieren zu wollen, weil wir die besten Bedingungen anbieten. Nicht aufgrund direkter staatlicher Hilfe, sondern dank der Abwesenheit

von einschränkenden Barrieren. Offenheit wird signalisiert, indem man zum Beispiel den besten Absolventen der besten Hochschulen ausserhalb Europas eine automatische Arbeitsbewilligung garantiert.

- Private Forschungsgelder in die Schweiz holen, indem man einen Innovationspark aufbaut, der das Ziel hat, Firmen optimale Forschungsbedingungen zu bieten. Grosskonzerne sollen motiviert werden, ihre Forschungszentren in der Schweiz anzusiedeln.
- Schweizer KMU müssen frühzeitig exportfähig gemacht werden. Dazu braucht es keine Beratung, sondern ein frühzeitiges Konfron-

tieren mit dem Markt. Dazu ist die Messeteilnahme im Ausland sehr wichtig. Heute gibt es fast keine Megamessen mehr, sondern sehr viele spezialisierte, lokale Messen, an denen man präsent sein muss. Die Osec muss hier ihr Budget neu allozieren und KMU mehr Teilnahmen an Messen ermöglichen.

Diskutieren Sie mit auf www.innovationsland.ch!

Die FDP Die Liberalen hat insgesamt 31 Forderungen für das Innovationsland Schweiz aufgestellt. Auf der Internet-Plattform www.innovationsland.ch können Sie diese lesen, kommentieren und an der Diskussion teilnehmen. Ihre Meinung und eigenen Erfahrungen sind wichtig. Gestalten Sie das Innovationsland Schweiz und damit die Zukunft unseres Landes aktiv mit! An der Delegiertenversammlung vom 17. Oktober wird die Innovationsstrategie diskutiert und verabschiedet.

Sondersession

FDP kämpft erfolgreich für Steuergerechtigkeit

In der Sommersession wurde die von der FDP-Fraktion eingebrachte Vorlage zum Ausgleich der kalten Progression im Ständerat nicht behandelt. So beriet die Kleine Kammer in einer Sondersession Mitte August darüber und über die Familienbesteuerung – mit erfolgreichem Ausgang für die FDP.

Von Jon A. Fanzun,
Fraktionssekretär

Nach dem Ständerat hat sich nun auch der Ständerat für den jährlichen Ausgleich der kalten Progression ausgesprochen. Dies ist ein Erfolg für die FDP, welche diesen jährlichen Ausgleich seit geraumer Zeit fordert. Bis anhin wird die kalte Progression erst ausgeglichen, wenn 7 Prozent Teuerung aufgelaufen sind. Dadurch zahlen die Steuerzahlenden über mehrere Jahre zu viel Steuern. Mit 28 zu 11 Stimmen sprach sich die Kleine Kammer für den jährlichen Ausgleich und gegen die vom Bundesrat favorisierte Gleichschwelle von 3 Prozent. Die Steuerlast reduziert sich durch den automatischen Ausgleich der kalten Progression um rund 500 Millionen Franken. Nach dem Willen des Ständerats soll der Ausgleich der kalten Progression erst 2011 in Kraft treten. Mit dieser Differenz geht die Vorlage zurück in den Nationalrat.

Reform der Familienbesteuerung

Der Ständerat lehnte zu Beginn der Debatte zur Familienbesteuerung den Rückweisungsantrag Reimann (SVP/AG) mit 34 zu 6 Stimmen klar ab. Dieser hatte argumentiert, dass der vorgesehene Kinderbetreuungsabzug Eltern diskriminiere, die ihre Kinder selber betreuen. Erika Forster (FDP/SG) wies diese richtigerweise zurück und erinnerte daran, dass bisher jene Familien, in denen beide Elternteile voll- oder teilzeitlich arbeiten, steuerlich benachteiligt werden. Denn die externe Kinderbetreuung ist für diese Familien Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit. Diese Kosten können bisher

nicht von der direkten Bundessteuer abgezogen werden. Des Weiteren hat ein erzielttes Mehreinkommen bei der Berufstätigkeit des Zweitverdieners steuerlich negative Auswirkungen (Steuerprogression, Verlust von einkommensabhängigen Krippensubventionen und Verbilligungen bei Krankenversicherungsprämien). Der Ständerat schloss sich der Argumentation der FDP an und sprach sich für einen solchen Abzug in Höhe von maximal 12 000 Franken bis zum 14. Lebensjahr aus. Mit 22 zu 19 Stimmen sprach sich der Rat schliesslich dafür aus, die Inkraftsetzung auf 2011 zu verschieben. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. Deutlich weniger umstritten war die Einführung eines Elterntarifs, einem Rabatt von 170 Franken pro Kind für Familien. Der Bundesrat hatte dieses Modell dem von der FDP favorisierten Kombimodell vorgezogen.

Ja zur Individualbesteuerung

Der Ständerat hat auch mehrere Vorstösse betreffend eine grundlegende Reform der Besteuerung von natürlichen Personen beraten. Die kleine Kammer sprach sich für zwei Motionen der FDP-Fraktion aus, die einen Wechsel zu einer zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung verlangen. Die Forderung «eine Person – eine Steuererklärung» ist ein urliberales Anliegen, das von der FDP seit langem (zusammen mit der Forderung nach Vereinfachung des Steuersystems) vertreten wird. Entgegen dem Willen der FDP-Deputation hielt der Ständerat allerdings auch einem Vorstoss der CVP fest, welcher die Einführung eines Teilsplittings für Ehepaare fordert.



Mehr Steuergerechtigkeit für berufstätige Eltern.

Bild: imago

Keine Lohn-Fesseln

Im Sinne der FDP sprach sich der Ständerat gegen eine organisatorische Aufspaltung der Grossbanken aus. Eine solche Massnahme wurde zu Recht als untauglich befunden, um die Risiken für den Staat zu minimieren. Der Rat wollte zudem nicht in die Lohnstruktur von Unternehmen eingreifen. Stattdessen soll das Eidgenössische Finanzdepartement die Angemessenheit der Vergütungen der oberen Führung sowie die Einhaltung der Regeln der Good Governance überprüfen, solange ein Finanzinstitut Bundeshilfe beansprucht. Hierbei soll auch die Wettbewerbsfähigkeit des betroffenen Instituts berücksichtigt werden. Der Nationalrat hatte dank einer unheiligen Allianz von SVP, SP

und Grünen eine Aufteilung von Finanzinstituten sowie einen Lohndeckel gefordert.

Im Juni 2009 hat die Delegiertenversammlung der FDP ein Positionspapier zur Stärkung des Finanzplatzes beschlossen, der Einsatz für die Realisierung dieser Reformen ist schon im Gang. In der Strategie wird unter anderem der Ersatz der heutigen Verrechnungssteuer durch eine Quellensteuer mit Abgeltungscharakter gefordert. Ständerat Rolf Schweizer (FDP/ZG) hat hierzu eine von mehreren FDP-Ständeräten mitunterzeichnete Motion eingereicht. Darin wird der Bundesrat beauftragt, die Verrechnungssteuer durch eine Quellensteuer mit Abgeltungscharakter auf die in der Schweiz gehaltenen Depotvermögen zu ersetzen.

Steuern

Gelungene Reform des Mehrwertsteuergesetzes

Wer kennt nicht das Sprichwort von den staatlichen Mühlen, die langsam mahlen. Aber keine Regel ohne Ausnahme: Die Totalreform des Mehrwertsteuergesetzes hat gezeigt, dass es auch anders geht. Nur 14 Monate dauert es von der Erstberatung bis zur Inkraftsetzung.

Von Philipp Müller,
Nationalrat AG

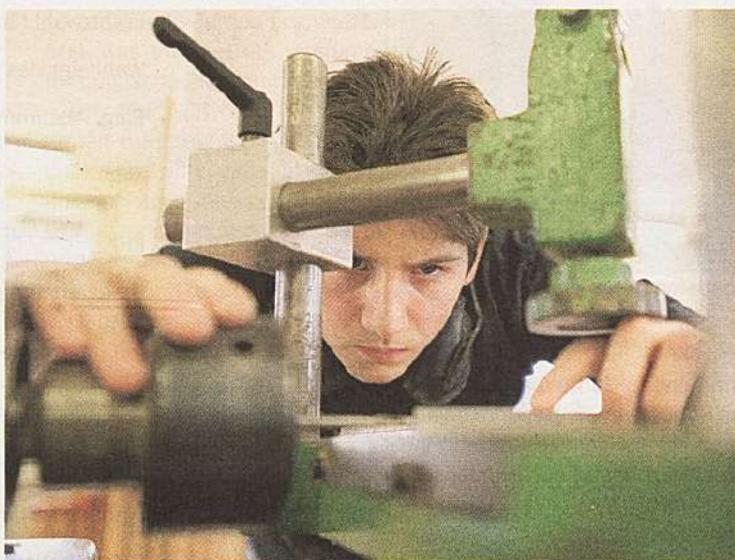
Im Oktober 2008 hat die Wirtschafts- und Abgabenkommission des Nationalrates mit der Beratung des neuen Mehrwertsteuergesetzes begonnen. Nur gerade acht Monate später, im Juni 2009, haben sowohl der National- wie auch der Ständerat der Totalrevision in der Schlussabstimmung deutlich zugestimmt. Die Inkraftsetzung erfolgt am 1. Januar 2010, nicht einmal 14 Monate nach Beginn der Kommissionsberatung.

Diese Parforceleistung war möglich, weil die bürgerliche Zusammenarbeit für einmal hervorragend funktioniert hat. Trotz heftiger Opposition von links gegen einzelne Teile der Vorlage haben sich die vereinten bürgerlichen Kräfte im Parlament durchgesetzt und ein Mehrwertsteuergesetz geschaffen, welches den Namen «kundenfreundlich» mehr als nur verdient.

Der parlamentarische Weg

Im Januar 2005 legte der Bundesrat den Bericht «10 Jahre Mehrwertsteuer» vor. Dieser zeigt, dass der administrative Aufwand für die Unternehmen mit der Mehrwertsteuer gestiegen ist, dass das bisherige Gesetz und insbesondere dessen Anwendung und Auslegung durch die Behörden komplex, formalistisch und wenig flexibel ausfällt.

Insbesondere wird auch bemängelt, dass trotz vielen Verbesserungen gegenüber der früheren Warenumsatzsteuer auch mit dem Mehrwertsteuergesetz die sogenannte «Taxe Occulte», die Doppelbelastung von Investitionen, nicht vollständig beseitigt werden konnte.



Die KMU haben nun viel weniger Aufwand.

Bild: Keystone

Im Mai 2006 legte der Beauftragte für die Mehrwertsteuerreform seinen Schlussbericht zu den Bedürfnissen und Möglichkeiten einer umfassenden Reform der Mehrwertsteuer vor.

In Würdigung dieser Berichte hat der Bundesrat dem Parlament eine Mehrwertsteuerreform in zwei Teilen vorgelegt: Teil A enthält den Entwurf eines totalrevidierten Mehrwertsteuergesetzes, das zahlreiche Vereinfachungen vorsieht und generell anwenderfreundlicher ist. Dieser Teil A wird auf den 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt.

Teil B sieht darüber hinaus einen einheitlichen Steuersatz von 6,1 Prozent sowie eine deutliche Verringerung der Steuerausnahmen vor. Dieser zweite Teil ist vor Beginn der Parlamentsdebatte von Teil A abgekoppelt worden, um die wichtige Reform nicht durch politische Grabenkämpfe um die Reduktion von Steuerausnahmen zu verzögern.

Teil B mit dem vorgesehenen Einheitssatz wird im Herbst des laufenden Jahres zur Debatte in die Kommission kommen.

Wichtige Neuerungen

Der Vorsteuerabzug ist künftig im Rahmen der unternehmerischen Tätigkeit unbeschränkt möglich, soweit keine Verwendung für von der Steuer ausgenommene Tätigkeiten stattfinden. Nichtumsätze wie Einlagen in Unternehmen, Dividenden und Spenden führen zu keinen Vorsteuerkürzungen, ausser es handelt sich um Subventionen. Ausnahmen bei der Vorsteuerrückerstattung bei geschäftlich begründeten Ausgaben für Verpflegung und Getränke entfallen; ebenso sind Leistungen im Zusammenhang mit Umstrukturierungen sowie beim Kauf und Verkauf von Beteiligungen künftig vorsteuerabzugsberechtigt. Start-ups sind unbeschränkt vorsteuerabzugsberechtigt.

Beim Verfahren wird die Stellung der Steuerpflichtigen verbessert. So bleiben zwar die viertel- bzw. halbjährlichen Abrechnungsperioden, massgebend für die Steuerschuld wird aber die jährliche Steuerperiode. An diese schliesst eine halbjährliche «Finalisierungsfrist» an, innerhalb derer noch Korrekturen an den Abrechnungen angebracht werden können. Weitere Korrekturen sind bis zum Eintritt der Rechtskraft möglich.

Die Rechtskraft einer Steuerforderung wird klar geregelt. Erfolgt eine Kontrolle, setzt die Steuerverwaltung die Steuerforderung fest. Wird diese nicht bestritten, sind weitere Kontrollen nicht mehr möglich.

Der Formalismus wird weitgehend aufgehoben. Die Saldosteuersatzmethode wird ausgeweitet, die Margenbesteuerung wird zugunsten des einfacheren «fiktiven Vorsteuerabzugs» aufgehoben; der baugewerbliche Eigenverbrauch wird ersatzlos gestrichen.

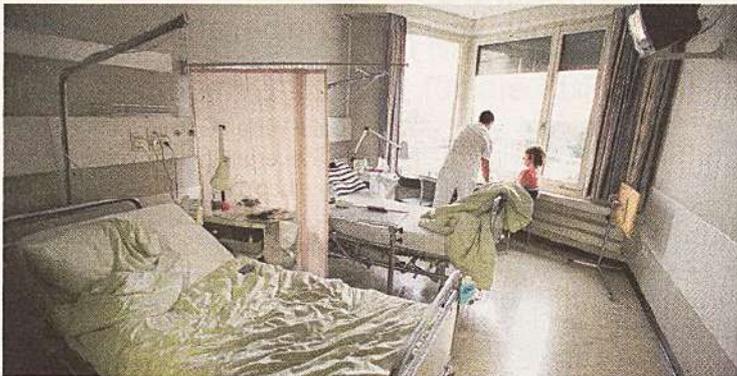
Neu wird auch ein Anspruch auf Auskunft und ein Anspruch auf Kontrolle festgeschrieben. Damit erhöht sich die Rechtssicherheit erheblich.

Gleich lange Spiesse

Das neue Mehrwertsteuergesetz schafft die Voraussetzungen, dass Steuerpflichtige gleich lange Spiesse haben wie die Steuerverwaltung. Einseitige Massnahmen sollen ausgeschlossen sein. Erreicht werden eine erhöhte Rechtssicherheit, Verbesserungen im Bereich der unternehmerischen Freiheiten sowie Abbau des Formalismus.

Gesundheitspolitik

Prämienverbilligungen - Politischer Zündstoff



Die Unterstützung hat fragwürdige Dimensionen angenommen.

Bild: Keystone

Von Felix Gutzwiller,
Ständerat ZH

Eine Interface-Studie zeigte 2008 auf: Das Prämienverbilligungssystem ist ein wirksames Mittel und als soziales Korrektiv geeignet. Allerdings gibt es zwei Haken. Die Unterschiede bei der Wirkung der Prämienverbilligungen sind aufgrund unterschiedlicher Bemessungsgrundlagen von Kanton zu Kanton sehr gross. Und die Prämienverbilligungen entwickeln sich zu einer der teuersten Staatsausgaben – sie werden Landwirtschaftssubventionen sowie Armeeausgaben in den kommenden Jahren übertreffen.

Seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) stieg die Vergabe von Prämienverbilligungen um 70%. In den vergangenen 10 Jahren sind die Bundesbeiträge für die Prämienverbilligungen um jährlich 1,5% erhöht worden. 2007 wurden insgesamt CHF 3,42 Mrd. Prämienverbilligungen an 2,3 Mio. Bezüger ausbezahlt. Die gesamtschweizerische Bezügerquote lag bei knapp 30%, wobei im Kanton Waadt am wenigsten (21%), in Obwalden am meisten (57%) Bürger Prämien bezogen. Ganze 1,23 Mio. Haushalte profitierten – Obwalden belegt auch hier mit 78% die «Spitze». Für die

kommenden Jahre prognostiziert das Bundesamt für Gesundheit aufgrund der steigenden Kosten eine weitere Erhöhung der Bundessubventionen.

Die Auslegung des KVG-Artikels liegt in der alleinigen Kompetenz der Kantone, weshalb es im Vollzug und bei der Bemessung der Prämienverbilligungen erhebliche Unterschiede gibt. Die Kantone betreiben derzeit 26 verschiedene Prämienverbilligungssysteme. Dies ist auf unterschiedliche Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürger und föderalistischen Eigenheiten der Kantone zurückzuführen und grundsätzlich richtig.

Die mangelnde Einheitlichkeit bei der Festlegung der Anspruchskriterien für Prämienunterstützungen hat aber dazu geführt, dass einerseits die horizontale Gerechtigkeit und andererseits der Sinn und Zweck der Prämienverbilligungen – die effektiv wirtschaftlich schwachen Personen zu unterstützen – unterwandert wird. Ob durchschnittlich 30% der Schweizer Bevölkerung tatsächlich Prämienverbilligungen benötigen, ist zu hinterfragen. Das eigentliche Ziel der Prämienverbilligungen, nämlich wirtschaftlich schwache Personen zu unterstützen, muss wieder in den Vordergrund treten.

Agenda 2009

September

- 7.–25. Herbstsession
- 10. Geschäftsleitung
- 12. Tag der FDP-Parlamentarier
- 16. Ersatzwahl für den Bundesrat
- 24. Wahlfeier des neuen Bundesrats
- 27. Eidg. Abstimmungen

Oktober

- 16. PPK
- 17. Delegiertversammlung in Stans

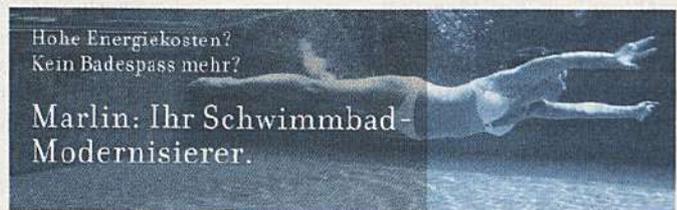
November

- 13./14. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 23. 11.–11. 12. Winteression
- 25. Wahlfeier Stände- und Nationalratspräsident
- 29. Eidg. Abstimmungen

Dezember

- 2. Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates
- 3. Wahlfeier des Bundespräsidenten
- 10. Weitere Feiern
- 18. Parteipräsidentenkonferenz

Anzeige



Hohe Energiekosten?
Kein Badespass mehr?

Marlin: Ihr Schwimmbad-
Modernisierer.

Alles über umfassende Pool-
Modernisierung in Garten und Haus:
www.marlin.ch/modernisierung

Marlin AG · CH-6312 Steinhausen
Tel. 041 741 44 45 · service@marlin.ch

MARLIN
Privatschwimmbad

Facebook

FDP.Die Liberalen – stärkste Partei im Internet

Von Mathieu Erb,
Secrétaire romand

Wussten Sie, dass Fulvio Pelli auf Facebook schon über 1000 Freunde hat und bereits mehr als 1000 Personen die FDP in diesem sozialen Netzwerk unterstützen?

Mit der Entwicklung des Internets bieten sich der FDP.Die Liberalen spannende neue Kommunikationsmittel. Facebook – eine Website zum Austausch mit Freunden – und die Kurzmeldungen-Plattform Twitter sind nicht mehr ausschliesslich Möglichkeiten für Privatpersonen, ihr berufliches Netzwerk zu pflegen. Sie sind zu öffentlichen Räumen geworden, die für ein modernes politisches Marketing grosse Bedeutung haben.

Online-Unterstützungsgruppen werden zu wichtigen Kampagnen-Instrumenten und immer mehr zu nützlichen öffentlichen Druckmitteln. Die Lancierung von Referenden oder Initiativen über dieses Medium ist nicht mehr weit entfernt. Millionen Menschen und Ideen treffen sich auf den Internetseiten, und sie sind schnell und einfach zu erreichen. Mit einigen Klicks hat jeder Nutzer Zugriff auf ein Universum von Marken, Personen und Ideen. Und das alles kostenlos.

Das ist ein wahrer Glücksfall für die politischen Parteien, wie der Präsidentschaftswahlkampf letztes

Jahr in den USA gezeigt hat. Die Politisierung des Internets – und die immer grössere Bedeutung des Internets für die Politik – wird wohl bald nach Europa «überschwappen». Denn in Europa beginnen wir erst, das Internet als Instrument für politische Ziele zu entdecken.

Die FDP will natürlich in den neuen Internet-Medien wie Facebook und Twitter präsent sein. Für unsere Partei, die sich für Liberalismus und Innovation engagiert und gegen den Konservatismus von links und rechts kämpft, ist es erst recht wichtig, technologisch «up to date» zu sein. Auf den Internet-Plattformen kommunizieren wir rasch und ziehen mit aktuellen und spannenden Aktivitäten interessierte Nutzer an.

Seit einigen Monaten ist die FDP sehr erfolgreich im «Rennen» um die Freunde auf Facebook. Mit mehr als 1000 Anhängern und Unterstützern sind wir die stärkste Partei der Schweiz. Die SP ist uns auf den Fersen, doch die CVP und SVP liegen weit zurück. Unsere Kommunikation wird direkt auf Facebook und Twitter übertragen, damit unsere Ideen und Forderungen präsent sind. So dient Facebook sozusagen als «virtuelle Vitrine» für unsere Partei. Informieren und engagieren auch Sie sich online – besuchen Sie die FDP.Die Liberalen im Internet!



Auf Wiedersehen – herzlich willkommen!

Personelle Wechsel im Generalsekretariat



Alexandra Thalhammer

Alexandra Thalhammer wechselte Ende Juni in die Privatwirtschaft. Die Historikerin arbeitete fast vier Jahre im Generalsekretariat, zuerst als administrative Sekretärin, anschliessend als politische Sekretärin. Sie betreute unter anderem das Dossier Bildung und Forschung. In ihr verliert das Generalsekretariat nicht nur eine pflichtbewusste und engagierte Mitarbeiterin, sondern auch eine herzliche Arbeitskollegin.

Anfang September tritt Jenny Beeler ihre 60%-Stelle im Generalsekretariat an. Die Studentin der Wirtschaftskommunikation war bisher auf der Geschäftsstelle der FDP des Kantons Zug tätig. Für die Schweizer Partei wird sie unter anderem die Kontakte zu den Kantonalparteien betreuen und in der Kampagnenkommunikation mitwirken.

Bisherige Praktikanten gehen ...

Mitte Oktober wird Nicolas Tripet Generalsekretär der Liberalen Partei des Kantons Waadt. Im Rahmen seines Kommunikationsstudiums absolvierte er im Generalsekretariat im Herbst 2008 ein Praktikum und war danach mit verschiedenen Aufgaben betreut, unter anderem im Kampagnenbereich, Secrétaire romand ad interim sowie der Betreu-

ung des Internets und der Adressdatenbank für die Romandie.

Michael Baeriswyl arbeitete während seines Praktikums diesen Sommer intensiv an der Innovationsstrategie der FDP mit. Nach seinem Bachelor an der ETH Zürich nimmt er nun am MIT in Boston seinen Master in Angriff.

... und neue kommen

Emilia Pasquier unterstützt als Praktikantin den Kampagnenbereich von Juni bis September. Die Politikwissenschafts-Studentin ist primär für die Koordination des Abstimmungskampfs zur IV-Zusatzfinanzierung in der Romandie aktiv.

Auch Samuel Lanz studiert Politikwissenschaft und arbeitet während der Semesterferien als Praktikant in der Kommunikationsabteilung. Seine Hauptaufgabe ist die Recherche und Beobachtung aktueller politischer Themen.

Erste Auszubildende bei der FDP

Besonders freut sich das Generalsekretariat über die erste Auszubildende in seinen Reihen: Eliane Schneider hat Anfang August ihre Lehre zur Büroassistentin mit eidgenössischem Fachausweis (EBA) angefangen. Sie wird während zweier Jahre Einblicke in viele Arbeitsbereiche erhalten und das Generalsekretariat tatkräftig unterstützen.

Wir wünschen allen Mitarbeitenden, die das Generalsekretariat verlassen, weiterhin viel Erfolg und freuen uns über die Zusammenarbeit mit den neuen Kolleginnen und Kollegen!

am 27. September 2009



AHV sichern

IV sanieren